

1/1995

Generalsekretär Peter Hintze: *Adelenauer*

## Wir müssen das Fundament des Vertrauens ausbauen

Liebe Parteifreunde!

Hinter uns liegt ein Wahlkampfjahr, das alle unsere Kräfte gefordert hat. Nur wenn man bedenkt, bei welchen demoskopischen Werten die CDU noch vor Jahresfrist stand, kann man ermessen, was im Laufe dieses Jahres von der Partei insgesamt geleistet worden ist. Innerhalb weniger Monate haben wir zwei bundesweite Wahlen gewonnen.

Mit einer einheitlichen und modernen Werbelinie, einem gesprächsorientierten und bürgernahen Wahlkampf und einer Strategie, die den Bundeskanzler, den wirtschaftlichen Aufschwung und die Richtungsentscheidung in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung stellte, hat die CDU einen professionellen und modernen Wahlkampf geführt. Unser Konzept der politischen Kommunikation hat sich als richtig und gegenüber den politischen Mitbewerbern als überlegen erwiesen.

Daß die CDU Deutschlands zum Wahlsieger des Jahres 1994 geworden ist, haben wir ganz wesentlich auf das große Engagement unseres Parteivorsitzenden zurückzuführen. Mit Helmut Kohl stellt die CDU einen Bundeskanzler, dessen Kompetenz, politische Ausstrahlungskraft und internationale Reputation von keinem Kandidaten der Opposition auch nur ansatzweise erreicht wird. Dies wird auch in der Bevölkerung so empfunden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

### HEUTE AKTUELL

- **CDU/CSU**  
Wolfgang Schäuble: Verantwortung für die Zukunft. Seite 8
- **Neue Bundesländer**  
Treuhandanstalt: Erfolgreiche Bilanz zum Abschied. Seite 14
- **Sozialdemokraten**  
Formelhafte Kraftsprüche helfen über das SPD-Dilemma in der Außenpolitik nicht hinweg. Seite 19
- **Steuern**  
Solidaritätszuschlag: Sozial ausgewogene Verteilung der Lasten. Seite 22
- **Stasi-Akten**  
Joachim Hörster: Vergebung setzt die Kenntnis der Taten voraus. Seite 24
- **Dokumentation**  
Überlegungen zur europäischen Politik. Vorschläge für eine Reform der Europäischen Union. Grüner Teil

### UiD Extra

Was sich zum 1. Januar 1995 geändert hat.

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei aller Bedeutung des Wahlkampfes, der über die Medien läuft, gilt: Die CDU gewinnt Wahlen dann, wenn sie vor Ort geschlossen, überzeugend und kämpferisch auftritt. Dies ist uns 1994 unter allen Parteien am besten gelungen. Der Erfolg der CDU ist auch ein Erfolg der Wahlkämpfer vor Ort und in den Regionen. Hier schulde ich Ihnen im Namen der CDU Deutschlands sowie im Namen unseres Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, herzlichen Dank.

**II.** 1995 werden Wahlen in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin stattfinden. Diese Wahlen sind nicht nur von regionaler Bedeutung. Die Union hat zugleich die Chance, in diesen Wahlen die Obstruktions-Mehrheit der SPD-geführten Bundesländer im Bundesrat zu brechen. Deshalb werden wir alles daran setzen, unsere Freunde in den bevorstehenden Landtagswahlen nach Kräften zu unterstützen:

● **Wir wollen** verhindern, daß das inkompetente rot-grüne Bündnis die Zukunftschancen des Landes Hessen endgültig verspielt. Manfred Kanther muß Ministerpräsident werden!

● **Wir wollen**, daß Helmut Linssen als Ministerpräsident die verschlissene

und handlungsunfähige SPD-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ablöst.

● **Wir wollen**, daß Ulrich Nölle mit Genossenfilz und Skandalserien in Bremen aufräumt.

● **Und wir wollen**, daß Eberhard Diepgen auch weiterhin die Weichen für eine gute Zukunft unserer Hauptstadt stellen kann.

In allen politischen Auseinandersetzungen dieses Jahres müssen wir als Union deutlich herausarbeiten, um welche Entscheidungsalternativen es geht: Nachdem Johannes Rau mit dem Konzept der „eigenen Mehrheit“ und Oskar Lafontaine und Rudolf Scharping mit einer diffusen rot-grünen Option gescheitert sind, soll jetzt offenbar der Versuch unternommen werden, alle Kräfte links der politischen Mitte zusammenzuführen. Seitdem die Bonner SPD-Führung in Magdeburg den Bruch des demokratischen Tabus zugelassen und offensichtlich sogar unterstützt hat, steht den politischen Kräften der Mitte die neue deutsche Linksfront gegenüber. Dieses Links-Kartell ist angetreten, die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch die außenpolitischen Koordinaten unseres Landes grundlegend zu verändern.

Wir wissen, daß die große Mehrheit der

## Liebe Leserin, lieber Leser,

seit 1991 sind die Bezugsgebühren für UiD unverändert. Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß wir mit Wirkung vom 1. Januar 1995 den Preis für das Jahresabonnement von 52 DM auf 56 DM anheben müssen.

Neben den gestiegenen Druck- und Papierpreisen schlagen die erheblich gestiegenen Gebühren für den Post-

vertrieb zu Buche, die wir leider nicht beeinflussen können.

Mit der Preiserhöhung geben wir nun einen Teil der tatsächlichen Kostensteigerung an Sie weiter und tragen durch Einsparungsmaßnahmen selbst maßgeblich zur Kostendeckung bei.

Mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen für ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1995.

**Redaktion und Verlag**

Bevölkerung eine Einflußnahme von Kommunisten auf die deutsche Politik strikt ablehnt. Die SPD ist deshalb bemüht, ihr Verhältnis zur PDS zu verschleiern und die Bedeutung der Frage, herunterzuspielen. Herr Schröder aus Niedersachsen spricht in diesem Zusammenhang von einem „Randthema“.

Tatsächlich wird hier aber eine raffinierte Aufgabenteilung praktiziert: In der SPD versucht Scharping, CDU-Positionen zu kopieren. Die Grünen sammeln das gesellschaftliche Potential an Protest und Utopie in weit von der Realität entrückten politischen Debattierclubs. Und die PDS bemüht sich darum, ihren kommunistischen Kader-Kern unter dem verbalen Tarnmantel der angeblich geläuterten Demokraten verschwinden zu lassen. Sie versucht mit einem beachtlichen Aufwand an Mimikri, den in Deutschland immer schon latent vorhandenen „Linksist-chic“-Touch wieder gesellschaftsfähig werden zu lassen.

In den politischen Kommentaren der meisten journalistischen Beobachter wird die Gefahr dieser neuen Konstellation noch nicht erkannt oder doch zumindest unterschätzt. Ich bin fest davon überzeugt, daß die SPD bei künftigen Wahlen auch im Bund zu einem Linksbündnis bereit wäre, wenn die Zahlen es hergäben. Die einschlägigen und gebetsmühlenhaften Versicherungen der SPD, nicht mit der PDS zusammengehen zu wollen, verlieren täglich an Glaubwürdigkeit.

### **Größte Wachsamkeit geboten**

Die Realität spricht doch inzwischen gegen jedes papierne Versprechen der SPD-Führung: Hier ein Landrat der SPD gegen einen Kreistagspräsidenten der PDS, dort eine kleine schriftliche Vereinbarung im Stadtrat. Fast unmerklich arbeiten SPD und PDS mehr und mehr Hand in Hand. Es wird bei den Sozialde-

***Peter Hintze: Für das vor uns liegende Jahr 1995 sende ich Ihnen meine guten Wünsche. Wir alle hoffen auf ein friedliches Jahr im Inneren wie im Äußeren, auf ein Jahr der positiven Impulse und Entwicklungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.***

mokraten schon gar nicht mehr als politische Abhängigkeit empfunden, wenn sich ein Ministerpräsident von der Zustimmung von Kommunisten abhängig macht. Teile der SPD wollen bereits mittelfristig die offene Kooperation aller linken Kräfte und bereiten diese systematisch vor. Hier ist von unserer Seite größte Wachsamkeit geboten.

**III.** Zu unseren wesentlichen Aufgaben gehört es, die Entscheidungsalternative zu unserer Politik deutlich bewußt zu machen. Entscheidend ist aber auch, daß wir unser eigenes Profil als CDU Deutschlands so unverwechselbar erkennbar werden lassen, daß wir auch weiterhin mehrheitsfähig bleiben.

Der Erhalt unserer strukturellen Mehrheitsfähigkeit ist die zentrale Aufgabe der vor uns liegenden Jahre bis zur nächsten Bundestagswahl und damit für den Rest dieses Jahrhunderts.

Die CDU wird dann mehrheitsfähig bleiben, wenn sie überzeugende, nachvollziehbare Antworten auf den tiefgreifenden Wandel in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gibt.

Wir wissen, daß Wahlentscheidungen nur begrenzt rational erklärbar sind. Eine politische Strategie kann daher niemals nach dem kleinen Einmaleins aus Steuer-

entlastung und Erhöhung staatlicher Transferleistungen bestehen. Es muß uns z.B. zu denken geben, daß zwar die von uns gestellten Bundesregierungen in den zurückliegenden Jahren erhebliche Verbesserungen für Familien, Alleinerziehende und Frauen in Konflikt-Schwangerschaften durchgesetzt haben, aber gleichwohl die Zustimmung zur CDU insbesondere bei jungen Frauen erheblich verbesserungsbedürftig ist. Darum werden wir uns in diesem Jahr besonders bemühen.

### Drei Schwerpunkte unserer politischen Arbeit

Es muß uns dabei gelingen, unsere Politik so darzustellen, daß die Menschen auch emotional ihre Anliegen und Vorstellungen in unserem politischen Handeln verwirklicht sehen.

Von solchen Überlegungen her rate ich uns, in der kommenden Zeit drei Schwerpunkte in unserer politischen Arbeit zu setzen:

- Diese Wahlperiode kann und darf nicht zu Ende gehen, ohne daß für Familien mit Kindern nachhaltige Verbesserungen erzielt worden sind. Der Handlungsbedarf liegt klar auf dem Tisch. Jetzt muß gehandelt werden: Bei der finanziellen Entlastung. Bei der Kinderbetreuung. Bei der Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Und vor allem beim Thema „bezahlbare Wohnungen für Familien“.

- Wir haben die Bundestagswahl nicht zuletzt deshalb gewonnen, weil wir unser Land aus der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit herausgeführt haben. Partei und Regierung haben eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt, die nach und nach ihre Wirkung entfalten. Wir sind die politische Kraft, der es die Bürger zutrauen, den wirtschaftlichen Aufschwung zu sichern. Wahr ist aber auch: Aus jeder Rezession erwächst uns ein

höherer Sockel an Langzeit- und Dauerarbeitslosen. Eine humane Gesellschaft darf sich nicht damit abfinden, daß einer immer größeren Zahl ihrer Mitglieder Zufriedenheit und Selbstverwirklichung durch Arbeit über längere Zeit oder gar auf Dauer versagt bleiben. Wir brauchen einen breit angelegten gesellschaftlichen Dialog über die Zukunft der Arbeit, in den wir als Union unsere Positionen einzubringen haben werden.

- Wir müssen in diesem Jahr unsere Parteiarbeit attraktiver machen und viele Brücken der Verständigung zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bauen. Auch dies ist ein Element der Parteiform, die wir zur Sicherung unserer strukturellen Mehrheitsfähigkeit angehen müssen.

**IV.** Eine Familie mit Kindern, in der die Mutter ganztätig für die Familienarbeit zur Verfügung steht und die mit einem einzigen Erwerbseinkommen ihren Unterhalt bestreiten muß — eine solche Familie hat es heute in aller Regel schwer, angemessenen und zugleich bezahlbaren Wohnraum zu finden und den unabweisbaren Aufwand für Eltern und Kinder zu finanzieren. Und noch einmal schärfer stellt sich die Situation der Alleinerziehenden dar, die neben der Sorge für das Kind auch noch einen Berufsalltag zu bewältigen haben. Was sich heute an demographischer Veränderung in ganz Deutschland vollzieht, ist nicht nur, aber auch eine Folge der Tatsache, daß Familien mit Kindern auf vieles verzichten müssen, was sich Ehepaare ohne Kinder fast mühelos leisten können. Staatliche Förderinstrumente wie z. B. das Ehegattensplitting, die zu einer Zeit, als Eheschließung mit späterer Kindererziehung gleichzusetzen war, durchaus ihre Berechtigung hatten, führen heute zu erheblichen Verschiebungen. Der 5. Familienbericht der Bundesregierung

stellt fest, „daß die absolute Besserstellung durch den Tatbestand „Kinder“ um so größer ist, je höher das Einkommen der Steuerpflichtigen ist“. Der gleiche Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß die Entlastung von Eltern durch den Staat zu gering sei, um die „erheblichen Lebenslageunterschiede“ zwischen den Familien auf der einen und den Alleinlebenden und kinderlosen Doppelverdienerpaaren auf der anderen Seite „auf ein nach Maßstäben der sozialen Gerechtigkeit akzeptables Maß zu reduzieren“.

---

## **Wir brauchen eine grundlegende Reform der Familienförderung**

---

Nach meiner Auffassung brauchen wir dringend eine grundlegende Reform der Familienförderung.

Dabei muß man illusionslos sehen, daß eine verbesserte Familienförderung nicht allein aus verbesserten Staatseinnahmen finanziert werden kann. Eine wirkliche Reform ist nur möglich, wenn eine Umschichtung der Mittel im System durchgesetzt wird. Wo die Mittel zum Draufsatteln fehlen, muß der Mut zum Umbau aufgebracht werden.

Ich halte es für diskussionswürdig, durch eine Kappung des Splittingvorteils für Verheiratete ohne Kinder erhebliche Mittel auf diejenigen umzuleiten, die nach der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers die eigentlich Begünstigten sein sollten, nämlich die Familien mit Kindern.

Unter Einbeziehung der weiteren Elemente des alten Familienlastenausgleichs könnte ein gerechtes und durchschaubares neues System der Familienförderung geschaffen werden, das die Leistungen des Staates stärker auf Familien und Alleinerziehende in den unteren und mittleren Einkommensgruppen lenkt.

**V.** Bei der Bundestagswahl ist die CDU unter Führung von Helmut Kohl wieder mit deutlichem Abstand stärkste politische Kraft geworden. Das ist ein Grund zur Freude, aber kein Anlaß zur Selbstzufriedenheit. Die gewonnene Mehrheit ist knapp, und wir müssen in den kommenden Jahren große Anstrengungen unternehmen, um das Fundament des Vertrauens, auf dem wir arbeiten, zu sichern und auszubauen.

Der Schlüssel dafür heißt: Erneuerung. Unsere Partei muß offener und attraktiver werden, um auch bei solchen Bevölkerungsgruppen mehr Zustimmung zu gewinnen, die uns zur Zeit nur unterdurchschnittlich wählen. Das Bundestagswahlergebnis hat bei allen erfreulichen Ergebnissen auch Defizite aufgezeigt, die wir sehr ernst nehmen müssen. Insbesondere in den Altersgruppen zwischen 25 und 45 Jahren, und hier insbesondere bei den Frauen, müssen wir deutlich zulegen.

---

## **Bewahrung der Schöpfung**

---

Ein Schlüsselthema ist dabei — auch bei den Erstwählern — die ökologische Frage. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein zentrales Anliegen der CDU und gehört zum Kern unseres politischen Selbstverständnisses. Programmatisch sind wir — nicht zuletzt auch durch unser neues Grundsatzprogramm — gut gerüstet. Wir müssen es nur auch stärker zum Ausdruck bringen. Wir sollten etwa das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kohlepfennig zum Anlaß nehmen, die Fragen der Energiebesteuerung umfassend neu zu regeln. Daß wir damit ökologische und ökonomische Ziele gleichermaßen verfolgen, sei ausdrücklich betont.

Es war stets die Stärke der CDU, daß wir es verstanden haben, Bewahren und

Erneuern in ein fruchtbares Verhältnis zu bringen. Diese Aufgabe stellt sich uns auch für unsere eigene Parteiarbeit. Bewahren müssen wir dort, wo es um unsere Grundwerte geht. Unser christliches Bild vom Menschen und die darin wurzelnden politischen Überzeugungen haben sich als zuverlässiger und beständiger Wegweiser in die Zukunft bewährt.

---

## Die CDU attraktiv machen

---

Erneuern aber müssen wir die Strukturen unserer Parteiarbeit. Eine Partei, die für junge Wähler attraktiv sein will, muß zum Beispiel bereit sein, in ihren Kommunikationsformen neue Wege zu gehen. Eine Partei, die als Volkspartei die unterschiedlichsten Lebenserfahrungen aufnehmen und einbringen will, muß sich mehr für Quereinsteiger öffnen.

Eine für die Zukunftsfähigkeit der CDU entscheidende Frage ist die Stärkung der Mitgliederrechte. Welchen Grund sollte es geben, in eine politische Partei einzutreten, wenn nicht das Vorrecht, politische Inhalte mitzubestimmen und das politische Personal mit auszuwählen? Je mehr wir diese Möglichkeiten ausbauen, um so attraktiver werden wir für unsere Mitglieder und interessierte Bürger. Wir müssen deshalb eine intensive Diskussion darüber führen, auf welchen Ebenen und in welchem Umfang Sach- und Personalentscheidungen nicht von Delegierten-, sondern von Mitgliederversammlungen gefällt werden können. Bei der Aufstellung von Bundestagskandidaten haben viele Kreisverbände ausgezeichnete Erfahrungen mit Urwahlen gemacht. Ich könnte mir vorstellen, daß wir das Urwahlprinzip künftig flächendeckend anwenden. Auch Mitgliederbefragungen können erhebliche Mobilisierungseffekte auf die Parteiarbeit auslösen; das hat das geglückte Experiment der CDU Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll gezeigt.

Für den Erfolg der Union war es seit jeher ausschlaggebend, daß wir in breiten Bevölkerungsschichten verankert sind. Heute müssen wir uns fragen, ob unser Anker noch an allen Stellen genügend Halt findet. Wir müssen die Ansprache junger Menschen ebenso verbessern wie die Förderung von Frauen in der Partei. Der Beschluß unseres 6. Parteitages in Bonn über die Förderung von Frauen in der CDU war ein entscheidendes und richtungsweisendes, allerdings auch ein dringend notwendiges Signal. Dieser Beschluß ist nicht der Abschluß, sondern der Ausgangspunkt einer Diskussion, an deren Ende konkrete Ergebnisse stehen müssen. Was in Bonn als Mehrheitswillen der Partei beschlossen wurde, muß auf dem Parteitag 1995 in statuarische Regeln gegossen werden.

---

## Für eine umfassende Reform unserer Parteiarbeit

---

Der Parteitag 1995 wird zwei Schwerpunkte haben: zum einen die Diskussion über die Weiterentwicklung der europäischen Integration, zum anderen die Erneuerung unserer Parteistrukturen. Es ist mein Ziel, diesem Parteitag einen Leit-antrag vorzulegen, der eine umfassende Reform der Parteiarbeit vorsieht. Dabei wird es um ein Quorum für die Förderung von Frauen ebenso gehen wie um die Öffnung der Partei für interessierte Bürger, um die Straffung von Organisationsstrukturen ebenso wie um die Stärkung der Mitgliederrechte, nicht zuletzt auch um Fragen der politischen Kommunikation. Wir können in der Vorbereitung auf die reichhaltigen Erfahrungen zurückgreifen, die viele Landes- und Kreisverbände bereits gemacht haben. Aber darüber hinaus ist jedes Parteimitglied aufgerufen, in den kommenden Monaten neue Ideen und Anregungen zur Reformdiskussion beizusteuern.

Mit der Erneuerung unserer Parteiarbeit stärken wir zugleich die Kraft der CDU, in einer sich dramatisch verändernden, zum Teil auseinanderdriftenden Gesellschaft als Integrationsfaktor zu wirken. Wir verstehen unsere Union als politischen Brückenschlag zwischen den Konfessionen und den Generationen; die CDU führt Menschen aus den verschiedensten Landschaften und Berufsgruppen zusammen, um gemeinsam politisch zu arbeiten. Es war in nunmehr fast fünfzig Jahren unser Auftrag — und unsere große, unbestreitbare Leistung —, daß wir auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen die unterschiedlichsten Interessen und Erfahrungen in guten Kompromissen bündeln. Damit erbringt die CDU eine Leistung, die für die Entwicklung unserer Gesellschaft ganz unverzichtbar ist.

Diese Integrationsleistung ist schwerer geworden — vor allem auch, weil das Gefühl für Gemeinsinn, das Bewußtsein für den notwendigen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung bei vielen nicht mehr selbstverständlich ist. Um so mehr müssen wir, die CDU, die Partei des Gemeinsinns und der Verantwortung sein. Denn Deutschland wird nur Zukunft haben, wenn sich die Menschen bei uns wieder mehr als Gemeinschaft verstehen.

---

### **Geduld und Verständnis auch für andere Erfahrungen**

---

Das betrifft nicht nur, aber ganz besonders das Zusammenwachsen in Ost und West. Wir sind beim wirtschaftlichen Aufbau weit vorangekommen; die blühenden Landschaften werden sichtbar. Aber die Einheit in den Köpfen und Herzen der Menschen ist viel schwerer zu erreichen. Sie erfordert große Anstrengungen von uns: vor allem Verständnis, Fingerspitzengefühl, auch Geduld und

die Bereitschaft, andere Erfahrungen anzunehmen.

Die Agitatoren der Linken werden in dem Maße ihre Wahlchancen in den neuen Ländern verlieren, in dem die Deutschen in gemeinsamer Dankbarkeit für die Chance der Einheit, in gemeinsamem Stolz auf das bereits Erreichte und in gemeinsamer Arbeit für den Aufbau Ost zusammenfinden. Selbstbewußtsein, Respekt und Rücksichtnahme wird in den alten wie in den neuen Ländern der Nährboden, aus dem die innere Einheit wächst.

---

### **Partei der deutschen Einheit**

---

Wir müssen dafür in unserer Partei ein Beispiel setzen. Es ist vielleicht die größte Bewährungsprobe für unsere Volkspartei überhaupt. Aber von uns wird auch mehr gefordert als von anderen. Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Sie ist die einzige Partei, die bei den Bundestagswahlen in Ost und West fast gleichhohe Stimmenanteile errungen hat. Keine andere Partei wird in vergleichbarem Maße im Osten wie im Westen angenommen. Volkspartei — das ist für uns auch der Anspruch, die Partei eines einigen Volkes zu sein.

**VI.** Liebe Freunde, wir haben als Union in den zurückliegenden Monaten bewiesen, daß wir zusammenstehen und kämpfen können. Wir haben gesiegt trotz Gegenwind und Meinungsdruck. Dies war eine gute Erfahrung, die uns zuversichtlich machen sollte für die Zukunft.

### **Mit freundlichen Grüßen**

*Ihr Peter Hintze*  
**Peter Hintze**

Wolfgang Schäuble:

# Verantwortung für die Zukunft

**Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat folgenden Brief an die Mitglieder der Fraktion gerichtet:**

In der zweiten Legislaturperiode nach der Wiedervereinigung wird die Vollen- dung der Einheit weiterhin im Vorder- grund unserer Arbeit stehen. Daß wir — auch nach dem Urteil unserer Bevölke- rung — auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Bilanz der letzten Legislaturperiode und des vergangenen Jahres, etwa im Aufbau und in der Integration der neuen Bundesländer, in der Überwindung der wirtschaftlichen Rezession, bei der Bewältigung der außergewöhnlichen finanziellen Belastungen als Folge von 40 Jahren Teilung und Sozialismus und nicht zuletzt die Tatsache, daß die Bun- desrepublik Deutschland mit der Regie- rung von Helmut Kohl in ganz Europa als ein Hort und Anker politischer Stabi- lität und Verlässlichkeit angesehen wird. Auf dieser Grundlage können wir die Verantwortung wahrnehmen, die uns in der Wahl am 16. Oktober 1994 wieder übertragen wurde.

Alle Erfolge dürfen nicht darüber hin- wegtäuschen, daß der Erneuerungsbedarf in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft groß bleibt. In einer Welt und Zeit, in der sich die Rahmenbedingungen und die Konkurrenzverhältnisse so rasant verän- dern, ist solcher Erneuerungsbedarf nicht primär Folge von Versäumnissen, son- dern beständige Voraussetzung verant- wortlicher Zukunftsgestaltung.

Die erfreuliche wirtschaftliche Aufwärts-

entwicklung darf nicht dazu verführen, daß Politik wie Tarifpartner in den Anstrengungen nachlassen, unsere Wett- bewerbsfähigkeit weiter zu verbessern. Arbeit für alle und die Bewahrung sozia- ler Sicherheit erreichen wir nur, wenn wir zum Umbau fähig bleiben, wenn für neue Aufgaben und Prioritäten auch liebgewonnene Besitzstände in Frage gestellt werden können — bei Subventionen genauso wie im Bereich der Lohnnebenkosten. Manche Diskussionsbeiträge etwa zur Pflegeversicherung bis in die letzten Tage des alten Jahres scheinen mit solchen Anforderungen nicht gerecht geworden zu sein. Und notwendige öffentliche Auseinandersetzungen dürfen

**Wolfgang Schäuble: Zum neuen Jahr möchte ich Ihnen meine guten Wünsche übermitteln. Möge es für uns alle und für unser Land ein friedliches Jahr werden.**

die Fähigkeit zum gemeinsamen verant- wortlichen Handeln von Politik, Wirt- schaft und Gewerkschaften nicht beschä- digen.

Weil unser Wohlstand und unsere soziale Sicherheit entscheidend von der Qualität unserer Arbeit abhängen, muß unser Bil- dungs- und Erziehungssystem in allen Bereichen in seiner Leistungsfähigkeit verbessert werden. In dieser Frage steht auch der Föderalismus auf dem Prüf- stein. Konzentration auf wissenschaftli- chen und technischen Fortschritt und die



Bewahrung eines innovationsfreundlichen Klimas nimmt alle Verantwortlichen in Wissenschaft und Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in die Pflicht. Ohne Eliten und ohne Bereitschaft auch zu herausgehobener Verantwortung gewinnen wir die Zukunft nicht.

### Mehr Eigenverantwortung

Angesichts zunehmender Wanderungsbewegungen und erheblicher Veränderungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung kann soziale Sicherheit nur durch Umbau, durch Konzentration auf wirklich Bedürftige, durch Bekämpfung von Mißbrauch und Förderung von Sparsamkeit in allen Bereichen erhalten werden. Das gilt im Gesundheitssystem genauso wie bei der Sozialhilfe, im Bereich des Arbeitsförderungsgesetzes, bei mancherlei Subventionen und in weiten Bereichen staatlicher Verwaltung. Der Stärkung der Eigenverantwortung kommt bei alledem eine entscheidende Bedeutung zu. Nur so läßt sich die Verwendung öffentlicher Mittel effizienter und zielgerichteter gestalten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Kohlepfennig und die Notwendigkeit, eine neue Finanzierungsgrundlage zu schaffen, bietet die Chance, von Erhaltungssubventionen stärker auf die Förderung von Zukunftsinnovationen umzustellen und zugleich Sparsamkeit beim Verbrauch von Natur und Umwelt zu fördern. Wie im Sozialsystem muß Umbau auch in der Finanzierung öffentlicher Leistungen möglich sein. In einer Zeit dramatischer ökologischer Probleme und hoher Arbeitslosigkeit muß die steuerliche Belastung der Arbeit gesenkt und auf den Ressourcenverbrauch umgelenkt werden.

Soziale Sicherheit und Stabilität ist auf Gemeinschaft angewiesen. Deshalb bleibt

die Stärkung der Familie vorrangige Aufgabe. Dabei sollten wir unsere Phantasie nicht nur der Verbesserung des direkten Familienleistungsausgleichs widmen, sondern verstärkt auch der Frage, wie sich in den Ballungsräumen bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern schaffen läßt. Über höheres Kindergeld, Kinderfreibeträge und die entsprechenden Finanzierungsmöglichkeiten müssen wir bald entscheiden; ich erinnere aber daran, daß wir uns vorgenommen hatten, zunächst intern zu beraten, statt öffentlich zu streiten.

Freiheit braucht persönliches Engagement, sonst verkommt sie. Deshalb setzen wir auf ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen und Verbänden, im sozialen und karitativen Bereich. Einsatz für andere braucht immer wieder Ermutigung und öffentliche Anerkennung, nicht nur in Sonntagsreden, sondern im praktischen und alltäglichen Verhalten eines jeden von uns. Wir setzen auf Subsidiarität und Föderalismus, der freilich nicht in eigensüchtige Vorteilsschinderei auf Kosten des gemeinsamen Ganzen ausarten darf. Auch deshalb wollen wir die kommunale Selbstverwaltung im Zusammenhang mit der Senkung und Abschaffung der Gewerbesteuer durch eine Gemeindefinanzreform stärken.

### Für einen „schlanken Staat“

Das ist letztlich auch Voraussetzung dafür, daß wir bei dem Bemühen um einen „schlanken Staat“ Erfolg haben. Weil beispielhaftes Verhalten über den unmittelbaren Anlaß hinauswirken kann, müssen wir jetzt bald zu einer Entscheidung über die Verkleinerung des Bundestages kommen.

Jede Ordnung der Freiheit gründet auf gemeinsame Werte und Überzeugungen, auch auf die friedenswahrende Kraft des Rechts. Daher bleibt die Bewahrung der

inneren Sicherheit unerläßliche Voraussetzung für Freiheit. Wer Toleranz, Mitmenschlichkeit und Rücksichtnahme erhalten will, darf die Menschen in ihren elementaren Sicherheitsbedürfnissen nicht allein lassen.

Das gilt genauso für die Bewahrung von Frieden und Freiheit nach außen, weshalb wir der europäischen Einigung und der atlantischen Solidarität verpflichtet bleiben, die unsere eigenen Beiträge erfordern — nicht aus Übermut oder Abenteuerlust, sondern um unserer eigenen Zukunft in Frieden willen. Mehr denn je zeigt sich, daß es für uns zu dem Weg der europäischen Integration keine verantwortbare Alternative gibt.

Es wäre fatal, wenn Europa als Wille und Vorstellung auf dem gegenwärtigen Status quo eingefroren und schließlich als Hülle ohne politischen Inhalt im Streit widerstreitender nationaler Interessen zerplatzen würde. Wir haben nicht so viele Optionen, um Frieden und Freiheit in Europa dauerhaft zu sichern. Die Katastrophen in der europäischen Geschichte haben sich immer dann ereignet, wenn die Staaten Europas Uneinigkeit statt Einigkeit gepflegt und nationale Eigensüchteleien zum Selbstzweck erhoben haben.

Deshalb brauchen wir weitere Fortschritte bei der europäischen Einigung, und wir haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dazu konstruktive Vor-

schläge zu machen und dafür zu werben. Dies habe ich auch bei meinem jüngsten Besuch in Paris in der Vorweihnachtswoche gegenüber unseren französischen Freunden wieder getan.

Neben dem Krieg auf dem Balkan erfüllt uns in diesen Tagen die innere Entwicklung Rußlands mit besonderer Sorge. Wir müssen alle Möglichkeiten an Gesprächen, Hilfe und Zusammenarbeit nutzen, um auf eine demokratische, friedliche Entwicklung Rußlands hinzuwirken. Zugleich bestätigt sich erneut, wie wichtig es ist, daß wir in NATO und Europa verlässliche Partner haben und selbst verlässliche Partner bleiben. Dafür steht die Regierung Kohl, und dafür steht die Union.

Wir bleiben verlässliche Partner in der Koalition mit der FDP, der wir eine rasche Überwindung ihrer Schwierigkeiten wünschen. Das wird durch geschlossene Sacharbeit in der Koalition eher zu erreichen sein als durch nervöse Profilierungsbemühungen.

Schwierige Entscheidungen und Streitige Auseinandersetzungen in allen Feldern von Zukunftsverantwortung liegen vor uns. Wir werden sie erfolgreich meistern, wenn wir geschlossen handeln und die großen Ziele nicht im kleinen Karo aus den Augen verlieren. Die Union muß die große gestaltende Kraft der politischen Mitte und Zukunft in Deutschland bleiben.

## **Koschyk Vorsitzender der Vertriebenengruppe der Fraktion**

In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich erneut eine Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten konstituiert. In ihrer ersten Sitzung am 24. November unter der Leitung von Bundestagsvizepräsident Hans Klein wählten die Mitglieder der Gruppe einstimmig den CSU-Abgeordneten **Hartmut Koschyk** erneut zu ihrem Vorsitzenden und bestätigten die CDU-Abgeordnete **Erika Steinbach** sowie **Angelika Pfeiffer** als stellvertretende Vorsitzende der Gruppe.

Die Bevölkerung hat den Bundestagswahlkampf 1994 aufgeheizter empfunden als frühere Wahlkämpfe. Das Kopf-an-Kopf-Rennen und die Veränderung des Charakters des Kampfes zu einer Richtungswahl haben die Spannung für die Bevölkerung erkennbar erhöht. 1990 urteilten rückblickend lediglich 15 Prozent der westdeutschen Bevölkerung, der Wahlkampf sei besonders spannend gewesen, diesmal 28 Prozent.

Dabei nahm keineswegs die Überzeugung zu, daß dieser Wahlkampf argumentativ besonders aufregend gewesen sei. Der Eindruck, daß im Wahlkampf interessante Argumente vermittelt wurden, geht von Wahl zu Wahl kontinuierlich zurück.

Die Union ist die einzige Partei, deren Wahlkampf von der Mehrheit der gesamten Bevölkerung positiv gesehen wird. Der SPD attestieren 43 Prozent der gesamten Bevölkerung einen guten Wahlkampf, den Grünen 30 Prozent, der PDS 28 Prozent. Der FDP wird von allen Parteien das schlechteste Zeugnis ausgestellt: Nur 19 Prozent beurteilen ihren Wahlkampf positiv, 45 Prozent negativ. Bei keinem der letzten Wahlkämpfe fiel das Urteil über die Strategie und die Werbelinie der Freien Demokraten so vernichtend aus.

Auch unter den Anhängern erhält der Wahlkampf der Union überdurchschnittlich gute Noten. 73 Prozent der Anhänger

## Gute Noten für den Wahlkampf der Union

Auch gute politische Fernsehdiskussionen werden mit diesem Wahlkampf weniger verbunden als mit den vorhergehenden — trotz der extensiven Wahlkampfberichterstattung und zahlreicher Diskussionssendungen des Fernsehens. Nur 18 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck gewonnen, daß das Fernsehen für die Orientierung der Wähler gute politische Diskussionen beisteuert.

Die Wahlkampfleistung der einzelnen Parteien wird von der Bevölkerung sehr differenziert beurteilt. Mit Abstand die besten Noten erhält der Wahlkampf der Union. 53 Prozent der westdeutschen, 47 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung attestieren der Union, sie habe einen guten Wahlkampf geführt, nur ein Fünftel der gesamten Bevölkerung beurteilt ihre Wahlkampflinie kritisch. Damit wird der diesjährige Wahlkampf der Union besser beurteilt als im Wahljahr 1987 und schwächer als die Wahlkämpfe 1983 und 1990, die jedoch beides Wahlkämpfe in einer Ausnahmesituation waren.

### Von Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

der CDU/CSU bewerten den Wahlkampf von ihnen favorisierten Partei positiv. Die Anhänger der SPD, FDP wie der Grünen/Bündnis 90 waren mit der Strategie ihrer Partei signifikant weniger zufrieden: So waren 60 Prozent der Anhänger der SPD, 64 Prozent der FDP-Anhänger und nur 58 Prozent der Anhänger von Grünen/Bündnis 90 mit der Wahlkampfstrategie ihrer Partei zufrieden.

Welche Bedeutung dem Wahlkampf zukommt, zeigt der hohe Anteil, der sich erst in den letzten Wochen oder sogar Tagen vor der Wahl entscheidet. Nur knapp 71 Prozent der Wähler waren bereits viele Wochen vor der Wahl entschieden. 14 Prozent haben sich etwa ein, zwei Wochen vor der Wahl entschieden, 6 Prozent erst in den letzten Tagen und 5 Prozent sogar erst am Wahltag. ■

# Peter Hintze: Partnerschaft mit den USA bleibt tragende Säule der deutschen Außenpolitik

**Auf der X. Westcoast-Conference der Konrad-Adenauer-Stiftung in Los Angeles erklärte Generalsekretär Peter Hintze am 6. Januar vor deutschen und amerikanischen Politikern, Wirtschaftsführern, Wissenschaftlern und Journalisten unter anderem:**

Die Vereinigten Staaten waren und sind der Garant für Frieden und Sicherheit in Deutschland und Europa. Wir Deutschen vergessen nicht, daß die starke Präsenz der USA in Europa die entscheidende Voraussetzung für die Bewahrung von Freiheit und Sicherheit der Bundesrepublik in den Zeiten des Ost-West-Konfliktes war, die die Einheit unseres Landes erst möglich gemacht haben. Wir Deutschen sind dankbar, daß vor allem unsere amerikanischen Freunde uns ohne jedes Zögern und aus tiefer Überzeugung bei unserem Weg zur Einheit unterstützt haben.

Das Vertrauen, das die USA uns geschenkt haben, ist die Frucht jahrzehntelanger Freundschaft und Zusammenarbeit. In einer Welt des Wandels und neuer Unsicherheiten zählt die gewachsene Freundschaft und das Vertrauen zwischen unseren Ländern zu den kostbarsten Gütern. Wir wissen dieses Gut zu schätzen. Es zu bewahren und zu pflegen, ist eine der wichtigsten Aufgaben deutscher Politik.

Die wesentliche außenpolitische Botschaft des Wahlerfolges der CDU am 16. Oktober lautet: Das vereinte Deutsch-

land behält seinen von Bundeskanzler Helmut Kohl entwickelten geradlinigen außenpolitischen Kurs bei. An der Verankerung Deutschlands im westlichen Bündnis wird nicht gerüttelt. Unsere westlichen Freunde und Partner können sich auf Deutschland verlassen. Wir sind uns bewußt, daß das wiedervereinigte Deutschland seiner gewachsenen internationalen Verantwortung für den Schutz von Frieden und Freiheit gerecht werden muß — und für die CDU gilt: Wir sind dazu bereit.

Für uns Deutsche gehören die Einbindung und Mitwirkung der USA zu einem künftigen europäischen Sicherheitssy-

*Wir müssen aufpassen, daß nach dem Sieg der Freiheit über den Sozialismus nicht der kollektive Triumph des Egoismus über die Freiheit folgt.*

stem. Deshalb begrüßen wir die Entscheidung der US-Regierung, weiterhin 100.000 Soldaten in Deutschland zu stationieren. Die amerikanischen Soldaten sind in Deutschland Freunde. Sie sind Botschafter der deutsch-amerikanischen Verbundenheit.

Die deutsch-amerikanische Freundschaft geht weit über das hinaus, was mit den Begriffen Sicherheit, Handel und Investitionen umschrieben ist. Die Vitalität und Zukunft unserer Beziehungen hängt ent-

scheidend von der persönlichen Begegnung zwischen den Menschen beiderseits des Atlantiks ab. Die vielfältigen Verbindungen im Bereich von Politik, Wirtschaft, Forschung und Technologie und vor allem aber die persönlichen Freundschaften sind die Voraussetzung dafür, daß das in den vergangenen Jahrzehnten geknüpfte Band zwischen Amerikanern und Deutschen zu einem Band zwischen Herzen und Köpfen unserer Bürger wird. Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um dieses Band stetig fester zu knüpfen. Der Platz Deutschlands bleibt an der Seite der Vereinigten Staaten, weil wir nach unserem Selbstverständnis dort hingehören. Wir sind Bewohner des gemeinsamen Hauses der Freiheit, verbunden durch gemeinsame Ideale, durch Geschichte, durch Kultur und durch die menschlichen Kontakte.

### **Zum geistigen Klima fünf Jahre nach den europäischen Revolutionen von 1989 sagte der Generalsekretär unter anderem:**

In Politik und Gesellschaft ist vieles, was über Jahrzehnte als selbstverständlich galt, inzwischen im Fluß: Alte Überzeugungen und Orientierungsmarken scheinen überholt. Von der neuen Weltordnung gibt es aber nur Momentaufnahmen, die das Bild der Zukunft nur unscharf zeichnen. Die neue Zeit beinhaltet große Chancen, aber auch existentielle Gefährdungen. Das zeigt sich vor allem dort, wo die Verbindung von Freiheit und Verantwortung gelockert oder gelöst wird. Wir müssen aufpassen, daß dem Sieg der Freiheit über den Sozialismus nicht der kollektive Triumph des Egoismus über die Freiheit folgt. Wir werden die neuen Chancen nutzen und das 21. Jahrhundert bestehen, wenn wir den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zum Leitbild der vor uns liegenden Zeit machen. ■

## **Lohnt sich Forschung in Deutschland?**

**A**m 27. Januar 1995 veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Alten Oper in Frankfurt einen Kongreß zur Forschungs- und Technologiepolitik.

Innovative Forschung und ihre Anwendung entwickeln sich in Deutschland offenbar langsamer als in anderen vergleichbaren Industriestaaten. Strenge gesetzliche Regelungen, bürokratische Hindernisse und ein forschungshemmendes gesellschaftliches Klima werden u. a. als Ursache diskutiert. Mit diesem Kongreß will die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag zur Analyse der gegenwärtigen Situation leisten und Perspektiven für die zukünftige Entwicklung aufzeigen.

Als Referenten wirken mit:

- **Manfred Kanther**, Bundesminister des Innern
  - **Matthias Wissmann**, Bundesminister für Verkehr
  - **Traudl Herrhausen**, CDU-Fraktion des Hessischen Landtags
  - **Gert Becker**, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI)
  - **Prof. Dr. Dr. Uwe Bicker**, Mitglied des Vorstandes der Behringwerke AG
  - **Prof. Dr. Hans Günter Gassen**, Technische Hochschule Darmstadt
- Dr. Raymond Seltz**, Centre National de la Recherche Scientifique (CNRS).

**Informationen zum Kongreß:  
Konrad-Adenauer-Stiftung  
Telefon (02241) 246-653**

# Treuhandanstalt: Erfolgreiche Bilanz zum Abschied

**Zum Jahresende 1994 hat die Treuhandanstalt ihren Kernauftrag erfüllt. Innerhalb von vier Jahren legte die zeitweilig größte Firma der Welt ein sicheres Fundament für den wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern.**

Noch unter der Regierung von DDR-Ministerpräsident Modrow wurde die Treuhandanstalt 1990 gegründet und das Treuhandgesetz von der Volkskammer der DDR am 17. Juni 1990 verabschiedet. Doch der SED-Politiker überschätzte erheblich den Wert der 8.500 Kombinate und VEBs. Damals behauptete er, die DDR bringe ein Vermögen von 600 Milliarden Mark in die deutsch-deutsche Vereinigung ein. Bei näherer Prüfung jedoch schmolz das Volksvermögen dahin. Das Gesamtdefizit wird nun etwa 270 Milliarden DM betragen.

Darin enthalten ist der in den Jahren ab 1995 erwartete Aufwand der Treuhandnacheingangsorganisation in Höhe von insgesamt 45 Milliarden DM. Im Entwurf zum Bundeshaushalt 1995 und Finanzplan bis 1998 sind davon bereits 24 Milliarden DM eingestellt, die restlichen 21 Milliarden DM fallen nach 1998 an. Die nun bis Ende 1994 aufgelaufenen Finanzschulden — rund 225 Milliarden DM — dies entspricht etwa der Hälfte des Bundeshaushalts —, werden zum 1. Januar 1995 vom Erblastentilgungsfonds übernommen.

Der Treuhandanstalt wurde und wird oft vorgeworfen, sie habe zu schnell und zu voreilig privatisiert, zu wenig saniert und dadurch zahlreiche Arbeitsplätze gefähr-

det. Dies stimmt nicht: Nur über Privatisierung läßt sich eine wettbewerbsfähige Industrie entwickeln. Nicht „Privatisierung vor Sanierung“ war das Motto, sondern „schnell privatisieren, entschlossen sanieren und behutsam stilllegen“. Treuhandchefin Birgit Breuel: „Privatisieren ist die beste Form der Sanierung, was immer noch richtig ist. Der Private bringt sein Management, seine Investitionen und seine Technologien mit. Und das Wichtigste: Er bringt Absatz und Vertrieb

**Die Treuhandanstalt hat Pionierarbeit bei der Umgestaltung einer Planwirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft geleistet.**

mit. Das konnten wir unseren Firmen nicht bieten.“

Die Treuhandanstalt hat bis zum Jahresende über 14.500 Unternehmen und Betriebsteile veräußert. Davon gingen rund 80 Prozent an mittelständische Erwerber. 2.700 Privatisierungen gingen auf den Verkauf von Unternehmen an Belegschaftsmitglieder, sogenannte Management Buy-Outs, zurück. Zusammen mit 4.300 Reprivatisierungen wurde damit der Aufbau eines eigenständigen ostdeutschen Mittelstandes erheblich vorangebracht. Außerdem wurden rund 41.000 Liegenschaften und im Rahmen der sogenannten „kleinen Privatisierung“ rund 25.000 Handelsgeschäfte, Gaststätten, Hotels vermittelt.

Das Treuhandgesetz gab der Treuhand zudem den Auftrag, auf die Entwicklung

sanierungsfähiger Betriebe zu wettbewerbsfähigen Unternehmen hinzuwirken. Neben der Privatisierung hatte deshalb die Sanierung ein besonderes Gewicht. Allerdings: Sanierung und Umstrukturierung sollten, wenn möglich, durch private unternehmerische Eigentümer erfolgen. Die Begleitung der Umstrukturierung und Sanierung durch die Treuhandanstalt ist indes nur für Unternehmen mit realen Zukunftschancen möglich. Erhaltungs- oder Dauersubventionen standen nicht zur Verfügung.

In den neuen Bundesländern gab es immer wieder Betriebe, die auf Dauer keine Chance haben, wettbewerbsfähig zu werden. Vielfach sind dies Betriebe mit Produkten, die in anderen Teilen Europas schon vor vielen Jahren aus dem Markt ausgeschieden sind. Wenn sich nach gründlicher Prüfung ein Unternehmen als nicht sanierungsfähig erwiesen hat, war eine Stilllegung unvermeidlich. Bei Stilllegung können aber oftmals Gebäude und Infrastruktur für neue Ansiedlungen genutzt werden.

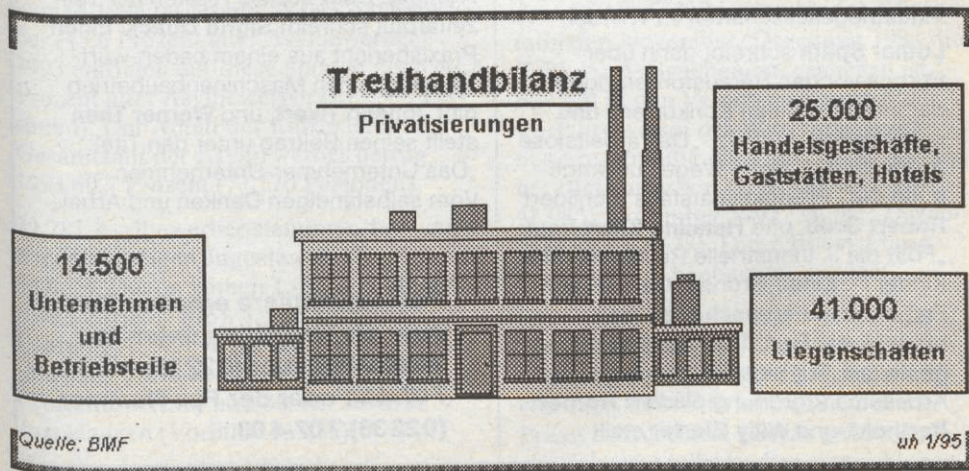
### Kern neue Aktivitäten

Gut ausgebildete Belegschaften stellen zudem den Kern neuer Aktivitäten dar.

Dies versuchte die Treuhand zu nutzen, damit auch im Fall von Stilllegungen jede Chance zur Sicherung von Arbeitsplätzen ausgeschöpft wurde. Eine Stilllegung muß allerdings nicht das „Aus“ bedeuten, sondern kann sogar der Beginn einer neuen Entwicklung sein.

### Tiefe Spuren der Mißwirtschaft

Die Spuren 40jähriger sozialistischer Mißwirtschaft lassen sich nicht in wenigen Jahren verwischen oder beseitigen. Die Treuhandanstalt war „Mutter“ der volkseigenen Betriebe. Staatsbetriebe sind aber immer ein Fremdkörper in einem marktwirtschaftlichen System. Deshalb galt es, die Betriebe zügig zu privatisieren und zu sanieren, um sie in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft wettbewerbsfähig zu machen. Bundesfinanzminister Theo Waigel: „Die Treuhandanstalt ist in der Geschichte der Ökonomie ohne Beispiel — aber ihr Beispiel wird in die Geschichte der Ökonomie eingehen. Sie hat, wie keine andere öffentlich-rechtliche Institution zuvor, an ihrer Selbstauflösung gearbeitet. Sie hat Pionierarbeit geleistet bei der Umgestaltung einer sozialistischen Planwirtschaft in die Soziale Marktwirtschaft.“ ▶



## Ausblick: Künftige Aufgaben der Treuhandanstalt

Die effiziente Bewältigung der noch verbliebenen wichtigen Aufgaben der Treuhandanstalt erfordert nun eine neue Organisationsstruktur. Noch nicht privatisierte Treuhandunternehmen werden daher seit 1. Januar 1995 unter dem Dach der Beteiligungs-Management GmbH (BMGB) mit Sitz in Berlin zusammengefaßt. Ziel ist es, die Unternehmen rasch zu privatisieren und die Altlastensanierung möglichst effizient zu organisieren.

Die seit 1991 als Management-Gesellschaft arbeitende Liegenschaftsgesellschaft der Treuhand wird zur Besitzgesellschaft fortentwickelt. Sie soll weiterhin die Liegenschaften gemäß dem gesetzlichen Auftrag privatisieren. Sowohl die Beteili-

gungs-Management GmbH als auch die Liegenschaftsgesellschaft sollen zum 1. Januar 1995 in die Verantwortung des Bundes übergeleitet werden.

Die Bodenverwertungs- und Verwaltungs-GmbH wird weiterhin als Geschäftsbesorger der Treuhandanstalt die Verwaltung und Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen durchführen. Die übrigen Aufgaben der Treuhandanstalt — Vertragsmanagement, Reprivatisierung, Abwicklung und hoheitliche Aufgaben — werden zunächst unter der Verantwortung der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben erledigt und ab 1997 auf das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen übertragen. ■

## Anders wirtschaften – anders arbeiten

### Eichholz-Brief zum Thema Industriegesellschaften im Wandel

Unter der Überschrift „Anders wirtschaften — anders arbeiten“ beschäftigt sich die Ausgabe 4/94 der „Zeitschrift zur politischen Bildung/ Eichholz Brief“ mit dem Thema von Industriegesellschaften im Wandel.

**Lothar Späth** schreibt darin über Europa vor den Herausforderungen der internationalen Konkurrenz und nennt seinen Aufsatz: „Das arbeitslose Abendland?“. Neue Wege zur Umgehung der „Produktivitätsfalle“ schildert **Robert Grob**, und **Henning Klodt** fragt: „Frißt die 3. Industrielle Revolution ihre Kinder?“. Einen Grundsatzartikel zur Frage, ob der Mensch die Arbeit braucht, hat Bernd Guggenberger beige-steuert. Für eine Reform der Arbeitsmarktordnung plädiert **Norbert Berthold**, und **Willy Bierter** stellt

Erwerbsarbeit und soziale Sicherheit gegenüber. Die Zukunft der Arbeitsbeziehungen und die Rolle der Gewerkschaften haben **Otto Jacobi** und **Anke Hassel** analysiert. Mit Modellen der Arbeitszeitverkürzung beschäftigen sich **Ingrid Kurz-Scherf** und **Karl H. Hörning**. Über soziale Risiken der Teilzeitarbeit schreibt **Sigrid Quack**. Einen Praxisbericht aus einem baden-württembergischen Maschinenbaubetrieb gibt **Johann Tikart**, und **Werner Then** stellt seinen Beitrag unter den Titel: „Das Unternehmer-Unternehmen — Vom selbständigen Denken und Arbeiten“.

**Probeexemplare erhalten Sie über die Redaktion unter der Telefonnummer (0 22 36) 7 07-4 31 oder der Fax-Nummer (0 22 36) 7 07-4 03.**



# Asylbewerberzahlen im Dezember und für das Jahr 1994 insgesamt

**Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Dezember 1994 12.186 Personen (Vormonat: 12.056 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber in etwa so hoch wie im Vormonat.**

Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Dezember 1993: 14.033 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber um 1.847 Personen (= 13,2 Prozent) zurückgegangen.

Im gesamten Jahr 1994 haben 127.210 Ausländer beim Bundesamt Asyl beantragt. Gegenüber dem Vorjahr (322.599) bedeutet dies einen Rückgang um 60,6 Prozent (195.389 Personen).

Hervorzuheben ist die Entwicklung der Zahl von Asylbewerbern aus BR Jugoslawien. Sie ist zunächst von 5.119 im Januar auf 1.405 im Juli 1994 gesunken und dann wieder kontinuierlich bis auf 3.951 im Dezember 1994 gestiegen.

Aus den Staaten Ost- und Südosteuropas kamen 1994 insgesamt 58.043 Asylbewerber (45,6 Prozent aller Asylbewerber). 1993 entfielen auf diese Staaten noch 66,2 Prozent aller Asylbewerber (213.558 Personen). Der Anteil der Europäer an der Gesamtzahl der Asylbewerber betrug 1994 60,7 Prozent (77.170 Personen).

39.281 Asylbewerber stammten 1994 aus dem ehemaligen Jugoslawien (Vorjahr: 96.625). Davon kamen 1.038 aus Makedonien (Vorjahr: 615), 539 aus Kroatien (Vorjahr: 1.242), 4 aus Slowenien (Vorjahr: 52), 7.296 aus Bosnien-Herzegowina (Vorjahr: 21.240) und 30.404 aus BR Jugoslawien (Vorjahr: 73.476).

Das Bundesamt hat 1994 über die

Anträge von 352.572 Personen entschieden. Als Asylberechtigte anerkannt wurden 25.578 Personen (7,3 Prozent). Abgelehnt wurden die Anträge von 238.386 Personen (67,6 Prozent). Sonstwie erledigt wurden die Anträge von 78.622 Personen (22,3 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende 1994 107.820.

Hierzu erklärte Bundesinnenminister **Manfred Kanther**: Die Zahlen für 1994 zeigen, daß der Asylkompromiß greift. Während 1992 438.191 Personen um Asyl nachsuchten, sind es 1994 127.210, ein Rückgang um mehr als zwei Drittel.

Dennoch bewegt sich der derzeitige Asylbewerberzugang auf einem zu hohen Niveau. Auffallend ist die steigende Tendenz in den letzten Monaten. Während in den Sommermonaten rd. 9.000 Personen monatlich um Asyl nachsuchten, ist die Zahl im November und Dezember 1994 auf über 12.000 angestiegen. Insbesondere fällt auf, daß in den beiden Wintermonaten November/Dezember 1994 die Zahl der Asylsuchenden gestiegen ist, obwohl in den Vergleichsmonaten der Vorjahre wegen der Witterungsverhältnisse regelmäßig die Zahl der Asylbewerber rückläufig war (z. B. Oktober 1992: 48.985; November 1992: 38.348; Dezember 1992: 31.638). Diese Entwicklung muß sorgsam beobachtet werden.

Ich fordere die SPD-regierten Länder erneut auf, den von ihr nach langen Zerwürfnissen mitgetragenen Kompromiß von 1993 weiterhin konsequent in die Praxis umzusetzen. Hierzu gehört auch, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben.

## Schulpolitisches Symposium der Adenauer-Stiftung

# Bilanz und Perspektiven der Reform der gymnasialen Oberstufe

**Wie kann ein sinnvolles Verhältnis zwischen Allgemeinbildung und Spezialisierung der gymnasialen Oberstufe besser als bislang gewährleistet werden: „Spezialisierung versus Allgemeinbildung?“ Unter dieser Themenstellung führte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 13. Dezember in Bonn ein Symposium mit dem Deutschen Philologenverband durch.**

In seiner Eröffnungsrede wies der geschäftsführende Vorsitzende der Adenauer-Stiftung, Gert Langguth, darauf hin, daß seitens der Wirtschaft und der Hochschulen beklagt werde, die allgemeine Hochschulreife gerate immer mehr zur „Mogelpackung“. Die Absolventen des Kurssystems der Oberstufe mit ihren breit gefächerten Ab- und Auswahlmöglichkeiten wiesen gravierende Mängel auf, die erst mühsam und zeitintensiv in vorbereitenden Kursen oder entsprechenden Angeboten an den Hochschulen zu beheben seien. Offensichtliche Fehler der 72er Oberstufenreform müßten korrigiert werden, um das Mißverhältnis von zu geringer Allgemeinbildung und zu starker Spezialisierung abzubauen.

Der Präsident der Kultusministerkonferenz, der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair, forderte, daß Detailfragen bei der Neuorientierung der Sekundarstufe II nicht überbetont werden dürften. Mit den SPD-regierten Ländern sei prinzipiell abgestimmt, daß durch die Stärkung der Kernfächer Deutsch, Mathematik, eine Naturwissenschaft und eine Fremdsprache, die Allgemeinbildung gezielt gefördert werde. Bayern spreche

sich zusätzlich für ein fünftes Prüfungsfach bei der Abiturprüfung aus.

Die hohen Studienabbrecherquoten führte Zehetmair auf die mangelnde Allgemeinbildung der Abiturienten zurück. Der bayerische Kultusminister plädierte für mehr Transparenz in Fragen der Schulaufsicht. Ein Zentralabitur wie in Bayern schaffe mehr Gerechtigkeit, da gleich hohe Leistungsanforderungen an alle Schüler gestellt werden.

Der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalens, Herbert Reul, sieht aufgrund der Fehlentwicklung des Kurssystems Handlungsbedarf. Die Kernfächer müßten klar definiert und künftig stärker gewichtet werden. Der Unterricht in den Kernfächern sollte im Klassenverband erfolgen. Stammklassen helfen, daß ein Gefühl der Isolation unter den Schülern in der Oberstufe abgebaut wird.

Reul warnte davor, bei der Reform der Oberstufe nur einen halben Schritt zu tun. Das Klima an den Schulen sei günstig für sinnvolle Veränderungen der Sekundarstufe II. Lehrer, Schüler und Eltern wären gleichermaßen unzufrieden mit der Lehr- und Lernsituation.

Der Kultusminister Thüringens, Dieter Althaus, sprach sich für eine Sicherung der Qualität des Abiturs aus. Er begrüßte die erzielten Ergebnisse in der Kultusministerkonferenz, die das Anforderungsprofil des Abiturs schärften. Die allgemeine Hochschulreife dürfe nicht nur in erster Linie Berechtigungen vergeben, sondern müsse vor allem konkrete Fähigkeiten für den Berufsweg vermitteln. ■

## Probleme mit der Wirklichkeit

# Formelhafte Kraftsprüche helfen über das SPD-Dilemma nicht hinweg

Mitten durch die Führungsspitze der SPD hindurch bricht ein alter Riß wieder auf. Im Kern geht es um die Frage der außenpolitischen Verantwortung und Bündnistreue Deutschlands. Wie lautet die Antwort der SPD, wenn die Vereinten Nationen Deutschland um Begleitschutz für Hilfsflüge über Bosnien bitten? Welchen Kurs vertritt die SPD, wenn es in Bosnien zu einem Rückzug der UN-Truppen kommen sollte und die NATO von den Vereinten Nationen den Auftrag erhält, diesen Rückzug zu sichern?

Wie schon in der Vergangenheit, schlittert die SPD auch jetzt wieder in diesen zentralen Fragen außenpolitischer Verlässlichkeit auf „Konflikt-Kurs“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 4.1.95), — ein Kurs, der für die SPD zur „Zerreißprobe“ (NRZ, 3.1.95) werden könnte.

In einem Brief vom 21. Dezember 1994 an die Bundestagsabgeordneten der SPD hatte Rudolf Scharping argumentiert:

**„Eine deutsche Beteiligung an NATO-Maßnahmen zum Schutz eines eventuell notwendigen Abzugs der UN-Blauhelme ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Entsendestaaten, sondern auch unzweifelhaft eine Bündnisverpflichtung, wenn die NATO einen entsprechenden UN-Auftrag erhält.“** (Sozialdemokratischer Pressedienst, 2.1.1995)

Damit ließ Scharping erkennen, daß er sich der Position der Bundesregierung anschließen und die Blockadehaltung der SPD aufgeben wollte. Bislang war „die

Verweigerung internationaler Solidarität“, wie der Bonner General-Anzeiger feststellt, „ein historisches Markenzeichen der SPD“ (10.1.95).

Doch aus dem vermeintlichen Kurswechsel der SPD wurde lediglich ein „Solo für Scharping“ (Rheinische Post, 4.1.95). In Beiträgen für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erteilten Scharpings Stellvertreter Oskar Lafontaine und Heidemarie Wieczorek-Zeul den Ansichten ihres Parteivorsitzenden eine klare Absage. Aufgabe der deutschen Politik, so Lafontaine, sei es,

**„dafür einzutreten, daß die NATO sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe konzentriert: die gemeinsame Verteidigung ihrer Mitglieder im Verteidigungsfall.“** (Spiegel, 2.1.95)

Ginge es nach Lafontaine, würde Deutschland sich also Bitten der UNO um Sicherung der Hilfsflüge widersetzen. Auch die stellvertretende SPD-Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul wendet sich gegen den Versuch eines Kurswechsel der SPD in der Frage der Außenpolitik. Unverhohlen droht sie Rudolf Scharping mit dem Verweis auf geltende Beschlüsse ihrer Partei:

**„Wer die Beschlußlage ändern will, muß die Entscheidung auf dem nächsten Parteitag suchen.“** (Der Spiegel, 9.1.95)

Von Bündnispflicht Deutschlands im Rahmen eines NATO-Auftrages will Wieczorek-Zeul nichts wissen. Sie argumentiert juristisch und bezweifelt, daß es

„eine vertragliche Verpflichtung für eine deutsche Beteiligung“ gebe (dpa, 9.1.95). Scharpings Einwand, daß es auf jeden Fall eine „politische Verpflichtung den Partnern gegenüber“ (dpa, 9.1.95) gebe, läßt sie nicht gelten. Wie Lafontaine, vertritt sie die Ansicht: Sollen doch die ändern ... In die Riege der Kritiker Scharpings reihte sich auch das SPD-Präsidiummitglied Renate Schmidt ein.

**Sie lehnte „jegliche deutsche Beteiligung an einem UN-Einsatz in Bosnien ab“.** (Stuttg. Ztg., 3.1.95)

„Die SPD lernt nichts dazu“ — so lautet das Fazit des Berliner Tagesspiegels (3.1.95). Die Süddeutsche Zeitung sieht in der Frage nach dem außenpolitischen Kurs der Sozialdemokraten den „Prüfstein für die SPD“ (4.1.95). Den Richtungsstreit in seiner Partei kommentiert der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, mit den Worten:

**„Wir treten uns dabei auch noch mit Anlauf in den eigenen Hintern.“** (Bild am Sonntag, 8.1.95)

In einer Präsidiumssitzung der SPD am 9. Januar trafen die gegensätzlichen Positionen aufeinander. Das Ergebnis: Rudolf Scharping rudert zurück, obwohl der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Karsten Voigt, zuvor mehrfach beteuert hatte, mit dem Dezember-Brief an die SPD-Parlamentarier habe Scharping „die Haltung der Partei [...] festgelegt“ (FAZ, 3.1.95) Im Kommentar der Neue Osnabrücker Zeitung heißt es: „In der Bosnien-Politik hat das SPD-Präsidium Scharping offenbar an die Leine genommen.“ (10.1.95) Während Scharpings Kritiker ihre Positionen bekräftigten, läßt der SPD-Vorsitzende nun „seine Position zum Einsatz deutscher Tornado-Flugzeuge zur Unterstützung eines Abzugs der UNO-Truppen aus Bosnien offen“. (reuter, 9.1.95) Grundsätzlich

wolle die SPD einen Bundeswehreinsetz zum Schutz der Blauhelme bei deren möglichem Abzug unterstützen,

**„wenn dies nicht mit dem Risiko von Kriegshandlungen verbunden ist“** (Reuter, 9.1.95)

— eine absurde Formulierung, wenn man sich vor Augen hält, daß der Sinn einer Entsendung deutscher Tornados doch wohl die Abwehr von Angriffen wäre.

Die FAZ kommentiert: **„Man kann nicht gleichzeitig einer außenpolitischen Sonderrolle Deutschlands das Wort reden und die Renationalisierung der Politik in Europa beklagen. Die formelhaften Kraftsprüche der Lafontaines, Wiczorek-Zeuls und Schmidts helfen über dieses Dilemma nicht hinweg“** (10.1.95).

Nicht viel geholfen hat Rudolf Scharping offenbar die Unterstützung von Hans Koschnik. Der ehemalige SPD-Bürgermeister Bremens und EU-Administrator in Mostar hat für den Fall des Abzugs der Blauhelme aus Bosnien erklärt, „die Deutschen könnten dann nicht sagen, dies kümmere sie nicht“ (reuter, 9.1.95). Hans Koschnik erfährt derzeit am eigenen Leib, was militärischer Schutz humanitärer Arbeit bedeutet.

„Die SPD muß ihre Friedens- und Entspannungspolitik weiterentwickeln“, lautet das Fazit der neuen Rhein-Zeitung (3.1.95). Der anhaltende Streit in der SPD um eine klare Position in zentralen Fragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zeigt zweierlei:

1. Noch immer ist die SPD weit davon entfernt, verantwortliche und berechenbare Politik für Deutschland zu gestalten.
2. Der Richtungsstreit ist zugleich ein Führungsstreit, der in die Frage mündet: „Wie stark ist Scharping?“ (Bild, 4.1.95) ■

## Wenn Magdeburg Modell würde...

### „PDS mit Kursverlust“

In Magdeburg kam jetzt ans Tageslicht, was die PDS bislang selbst ihren eigenen Mitgliedern verschwiegen hatte: PDS-Landesschatzmeister Rolf Bernhard verspekulierte bei dubiosen Dollargeschäften 210.000 DM aus der PDS-Kasse. Damit hat sich die PDS, so die Magdeburger Volksstimme, in eine politische Krise manövriert.

Mit dazu beigetragen hat auch PDS-Landesvorsitzender Roland Claus, der weder seinen Vorstand noch seine Partei über diese unverantwortliche Finanzakrobatik seines Schatzmeisters informiert hatte. Erst scheinbar gestand die PDS ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit diesen Finanzskandal ein. Denn mittlerweile war bekannt geworden, daß Claus schon vor der Bundestagswahl von den dubiosen Geschäften wußte. „Mit der Wahrheit habe er aus Furcht vor schlimmen Folgen bis zur Bundestagswahl Mitte Oktober nicht herauszurücken gewagt.“ (Süddt. Ztg., 9. Januar 1995)

Wie die Zeitung weiter berichtet, war auch PDS-Bundesschatzmeister Dietmar Bartsch über die Vorgänge in Sachsen-Anhalt informiert:

*„Er persönlich habe darum gebeten, mit der Hiobsbotschaft noch zuzuwarten und nicht während des gerade vonstatten gehenden Hungerstreiks von PDS-Politikern in Berlin herauszukommen.“* (Süddeutsche Zeitung, 9. Januar 1995)

**PDS-Spagat.** Es ist schon ein sehr bemerkenswerter Spagat, den die PDS hier vollzieht: „Die Linksozialisten, angetreten im Kampf gegen die Allmacht des Kapitals, stehen nun selbst als Zocker da. In ihren Programmen verlangt die PDS drastisch höhere Steuern für Spekulationsgewinne. Und am Ende spekuliert sie selber.“ (Kommentar der Magdeburger Volksstimme, 4. Januar 1995)

**Fazit:** Kapitalismuskritik einerseits, Kapitalanhäufung mit kapitalistischen Mitteln andererseits. Der Finanzskandal der PDS in Sachsen-Anhalt ist nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine politische Bankrotterklärung.

### Showdown in der SPD

Zitate aus einem „Welt“-Kommentar vom 11. Januar:

*Am Montag saßen sie alle wieder beisammen, der Showdown konnte beginnen.*

★ ★ ★

*Wieczorek-Zeul vertritt die reine Lehre, wonach es kein auch noch so unverfängliches Engagement gebe, das nicht in einen militärischen Konflikt münde.*

*Warum nimmt Scharping nicht eindeutiger Stellung? Warum das Hoffen, daß es nicht so schlimm komme, als daß die Deutschen gefragt wären?*

★ ★ ★

*Die Lage in Hessen-Süd etwa. Sie ist wie ein Krebsgeschwür im Zentrum der SPD. Unter der Führung von Wieczorek-Zeul haben sich die Sozialdemokraten in Cliquenwirtschaft und Grabenkämpfen zerschissen.*

# Solidaritätszuschlag: Sozial ausgewogene Verteilung der Lasten

Das einmalige, historische Ereignis der Wiedervereinigung Deutschlands hat wesentliche Rahmenbedingungen der Finanz- und Steuerpolitik verändert. Um die sozialistischen Hinterlassenschaften zu beseitigen und marktwirtschaftliche Strukturen zu schaffen, mußten wir vorübergehend eine höhere Staatsverschuldung, einen Anstieg des Staatsanteils und der Steuerbelastung in Kauf nehmen. Denn schließlich sind von 1991 bis Ende 1994 insgesamt über 640 Milliarden DM in die neuen Bundesländer geflossen — fast zwei Drittel davon trägt allein der Bund.

Die Lasten für den Aufbau müssen sozial ausgewogen auf allen Schultern verteilt werden. Das Förderale Konsolidierungsprogramm vom März 1993, dem auch die SPD zugestimmt hat, sieht deshalb die Einführung des Solidaritätszuschlages zum 1. Januar 1995 vor. Dieses Konzept bezieht alle ein: Arbeiter und Angestellte ebenso wie Unternehmer, Politiker, Selbständige und Beamte. Gerecht heißt für uns: Wer wenig verdient, zahlt wenig oder gar nichts, wer viel verdient, zahlt auch entsprechend mehr. Leistung darf nicht bestraft werden, Familien müssen gefördert werden.

Die Bezieher höherer Einkommen werden mit dem Solidaritätszuschlag, der sich streng an der Steuerprogression orientiert, daher relativ mehr belastet. Die untere Hälfte der Steuerpflichtigen wird mit 4,3 Prozent ihres verfügbaren Einkommens zur Finanzierung der deutschen Einheit herangezogen, die obere Hälfte dagegen mit 6,6 Prozent. Sozial Schwächere sind mit höchstens 3,5 Pro-

zent beteiligt, die oberen fünf Prozent der Steuerpflichtigen hingegen tragen 8,4 Prozent. Außerdem: Der Solidaritätszuschlag entfällt, wenn er im Jahr weniger als 100 DM für Ledige und 200 DM für Verheiratete beträgt. Die Mehrbelastungen ab dem 1. Januar sind also nach der Leistungsfähigkeit des einzelnen ausgerichtet und damit sozial gerecht.

Ein Alleinstehender ohne Kinder, der im Monat 3.000 brutto verdient, muß seit dem 1. Januar Solidaritätszuschlag in Höhe von 33,11 DM zahlen. Dies ist etwa

Einen anderen Weg zur Finanzierung der deutschen Einheit als die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages gab und gibt es nicht.

so viel, wie er abends in einer Pizzeria für eine Portion Spaghetti mit Salat und einen Viertel Liter Wein ausgeben würde. Ein verheirateter alleinverdienender Arbeitnehmer mit zwei Kindern, der 5.500 DM brutto im Monat verdient, muß 45,90 DM Solidaritätszuschlag bezahlen. Dies würde er auch bei einem Kinobesuch mit seiner Familie ausgeben.

Einen anderen Weg zur Finanzierung der deutschen Einheit als die Wiedereinführung des Solidaritätszuschlages gab und gibt es nicht. Denn auch die einschneidenden Sparmaßnahmen des Bundes — seit 1990 über 70 Milliarden DM — reichen nicht aus, um die sozialistischen Hinterlassenschaften zu beseitigen und den Aufschwung Ost nachhaltig zu unterstützen und damit eine Angleichung der Lebenshältnisse zu erzielen.

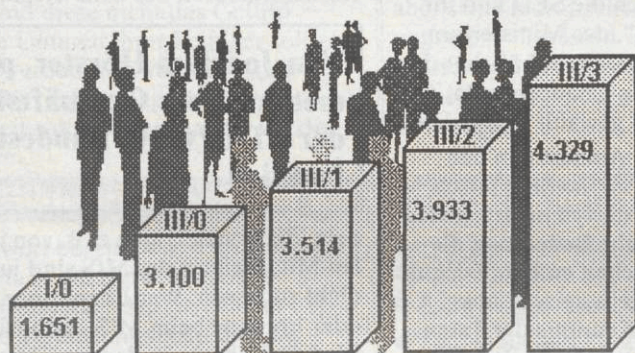
Der Solidaritätszuschlag wird nur befristet erhoben und sobald wie möglich wieder abgeschafft. Bundesfinanzminister Theo Waigel: „Allerdings kann dies nur in dem Maße geschehen, wie der Bund von der Finanzierung der Transfers im Rahmen des Finanzausgleichs für die neuen Länder entlastet wird oder ein stärker als erwarteter Einnahmeanstieg beim Solidaritätszuschlag eintritt. Deshalb ist hier vor überzogenen Erwartungen zu warnen. Steuerentlastungen bei wieder

steigenden Defiziten würden die weitere Verbesserung der Wachstumsgrundlagen gefährden.“

Es ist erklärtes Ziel der Politik der CDU, das Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und damit für höhere Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte durch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen so weit zu unterstützen, daß der Solidaritätszuschlag so schnell wie möglich abgeschafft werden kann.

### Solidaritätszuschlag

Der Solidaritätszuschlag muß - je nach Steuerklasse - nicht bereits mit der ersten verdienten Mark bezahlt werden, sondern ab einem Bruttomonatslohn von DM:



Steuerklasse I/0: Alleinstehender

Steuerklasse III/0: verheirateter Arbeitnehmer ohne Kinder

Steuerklasse III/1: verheirateter Arbeitnehmer mit einem Kind

Steuerklasse III/2: verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern

Steuerklasse III/3: verheirateter Arbeitnehmer mit drei Kindern

uh-1/95

### **Ostdeutsche Produktion legte deutlich zu**

Die Industrieproduktion in den neuen Ländern ist im Herbst 1994 deutlich gestiegen. In den beiden Monaten September und Oktober stieg die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 16,8 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat erhöhte sich die Produktion im Oktober um sieben Prozent. Am stärksten nahm dabei die Leistung der Energieversorgungsunternehmen mit einem Plus von 20 Prozent zu. Die Fördermenge des Bergbaus wuchs um 12,5 Prozent.

## Vergebung setzt die Kenntnis der Taten voraus

**Die Gesellschaft für Deutsche Sprache hat soeben das Wort „Superwahljahr“ zum Wort des Jahres erklärt, weil es am treffendsten das allgemeine Befinden während der letzten zwölf Monate beschreibt.**

Wenn die Diskussion um die Aufarbeitung der Lebensumstände in der DDR und dabei insbesondere die Unterdrückung der Bürger durch die SED und ihr „Schild und Schwert“, das Ministerium für Staatssicherheit, weiter anhält, hat das Wort „Amnestie“ gute Chancen, zum Wort des Jahres 1995 gewählt zu werden. Dabei wird das Wort Amnestie in der gegenwärtigen Diskussion völlig falsch gebraucht. Denn wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, welche Bedeutung dieses aus dem Griechischen entlehnte Wort hat: Vergebung. Vergebung setzt aber zunächst einmal die Kenntnis der Taten voraus, die vergeben werden sollen. Deshalb kann eine Schließung der Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit nicht in Betracht kommen.

Wir bedürfen hier ganz im Gegenteil einer verantwortlich geführten Diskussion, die die Schuldigen auch klar benennt. Dies sind wir nicht nur den vielen Millionen Menschen schuldig, die unter der 40jährigen SED-Diktatur leiden mußten, die der Verfolgung oder gar dem Gefängnis ausgesetzt waren. Eine undifferenzierte Schließung der Stasi-Akten würde vor allem den Pauschalverurteilungen Vorschub leisten, in denen der Eindruck erweckt wird, die meisten Ostdeutschen seien sozusagen im Kollektiv Mit-

wisser oder gar Mittäter der Verbrechermethoden des MfS gewesen.

Nur im Zuge einer verantwortungsvollen Aktenaufarbeitung werden wir Kriterien entwickeln können, nach denen in bestimmten Fällen ein Schlußstrich gezogen werden kann. Dabei wird es sich in der überwiegenden Zahl der Fälle um eine moralische Bewertung der Taten von Kollaborateuren des SED-Regimes han-

### Von Joachim Hörster, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

deln, denn viele Taten z. B. von inoffiziellen Mitarbeitern des MfS sind juristisch nicht zu fassen. Wer Ehepartner, Eltern oder Freunde beim MfS denunziert hat, wird dafür heute in den wenigsten Fällen strafrechtlich zu belangen sein.

Deshalb irrt auch der ehemalige Verfassungsrichter Mahrenholz, wenn er beklagt, das scharfe Schwert des Rechtsstaats behindere das Zusammenwachsen. Das Gegenteil ist richtig: Damit das Zusammenwachsen schneller als bisher voranschreitet, ist es erforderlich, die SED- und MfS-Geschwüre nicht mit dem Schwert, aber mit dem Skalpell herauszuschneiden.

Es verwundert deshalb nicht, wenn ausgerechnet der der MfS-Kollaboration überführte Ministerpräsident Stolpe (IM „Sekretär“) sich für eine Jubelamnestie zum 5-Jahres-Tag der Wiedervereinigung



einsetzt. Er befindet sich damit in bester Gesellschaft. Auch der wegen Wahlfälschung verurteilte PDS-Ehrevorsitzende Modrow fordert ein Ende der „politisch-juristischen Verfolgung“. Beide verkennen dabei, daß es sich — soweit Straftaten in Rede stehen — nicht um politische, sondern um kriminelle Taten handelt.

Zur Vergebung der Untaten des SED-Regimes sind in erster Linie dessen Opfer berufen. Die Bereitschaft der Opfer zur Vergebung kann aber nur gegenüber den Tätern erwartet werden, die sich ihrer Schuld bewußt geworden sind, sich bekennen und bereuen.

Ein Straffreiheitsgesetz kann nur dann der inneren Versöhnung dienen, wenn es im Konsens mit den Opfern verabschiedet wird und diese nicht das Gefühl haben, die Untaten ihrer Peiniger sollten vertuscht werden. Die von der CDU bereits 1990 vorgeschlagene begrenzte Straffreiheit sollte deshalb auch nur die

Stasi-Mitarbeiter betreffen, die im Bereich der nachrichtendienstlichen Auslandsaufklärung eingesetzt waren, nicht aber diejenigen, die die eigene Bevölkerung ge knechtet und kujoniert haben. Sie

## Plädoyer gegen eine undifferenzierte Schließung der Stasi-Akten

ist dafür von der SPD heftig kritisiert worden. Um so mehr verwundert jetzt der Sinneswandel in der SPD. Hielt sie es 1990 noch für erforderlich, die Vergangenheit der politisch Verantwortlichen zu durchleuchten, so will sie — siehe Stolpe — heute davon nichts mehr wissen. Wer aber seine moralischen Werte derart ungeniert über Bord wirft, kann als Diskussionspartner über ein mögliches Straffreiheitsgesetz nicht mehr ernstgenommen werden. ■

## Zur Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Im Vorwort bereits wird man konkret: Es gehe in der Bundesrepublik Deutschland jetzt darum, daß der freiheitliche Verfassungsstaat und die Soziale Marktwirtschaft ein weiteres Mal ihre Feuerprobe bestehen können.

Bei dieser Feststellung bleibt es selbstverständlich nicht. Angebote zum Mitmachen folgen: Zahlreiche Möglichkeiten, „die Zukunftsaufgaben von Politik und gesellschaftlichem Zusammenleben mit kompetenten Referentinnen und Referenten zu analysieren und zu diskutieren“.

Termine und Themen in der ersten Hälfte des Jahres 1995 sind kein Geheimnis. Über Einzelheiten informiert beispielsweise das jetzt vorlie-

gende Halbjahresprogramm 1/95 von Schloß Eichholz:

- Eichholzer Foren
- Fachtagungen für unterschiedlichste Zielgruppen
- Grundlagenseminare (Politik, Wirtschaftspolitik, Kommunalpolitik)
- Training zur politischen Kommunikation
- Seminare für junge Zeitungsmacher und Nachwuchsjournalisten
- Tagungen für Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe

Bestellungen/weitere Informationen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 1331, 50387 Wesseling**

# Bernhard Worms: Wir vertreten die Interessen der älteren Generation

**Zur „Seniorenpolitik 2000“ erklärte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Staatssekretär Bernhard Worms, in sieben Thesen anlässlich einer Bundesvorstandssitzung in Berlin:**

Seit der bundesweiten Gründung (1988) vertritt die Senioren-Union der CDU Deutschlands die Interessen der älteren Generation als Anwalt und Partner. Mit Nachdruck setzen wir uns dafür ein, sämtliche Altersdiskriminierungen zu beseitigen. Auf der Grundlage unseres Bonner Programms von der 5. Bundesdelegiertenversammlung halten wir die Verwirklichung der nachfolgenden Forderungen für eine fortschrittliche Seniorenpolitik für vorrangig.

**These 1:** Im Vordergrund einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik muß die Erhaltung der Selbständigkeit im Alter stehen. Politik für Senioren darf nicht bevormunden. Sie muß zur Emanzipation der älteren Generation beitragen und muß vom überkommenen Betreuungsmodell einen deutlichen Abstand haben.

**These 2:** Zukunftsorientierte Seniorenpolitik muß deutlich dem Aspekt „Humanisierung des Ausstiegs aus dem Erwerbsleben“ Rechnung tragen. Mit dem Ausstieg aus dem Erwerbsleben verbunden sind sinnvolle nachberufliche Tätigkeitsfelder, wobei vordringlich Senioren selbst als Berater wirken.

**These 3:** Seniorenpolitik muß in erster Linie Hilfen zur Selbsthilfe fördern. Seniorenbüros, Senioren-Experten-

Service, Alt hilft Jung sind Beispiele dafür, daß die Lebenserfahrung und das Lebenswissen in unserer Gesellschaft benötigt werden.

**These 4:** Zukunftsorientierte Seniorenpolitik heißt angesichts des demographischen Wandels, daß verstärkt im Wohnungsbau und in der Stadtentwicklungsplanung sowie im öffentlichen Nahverkehr auf Belange und Bedürfnisse älterer Menschen Bezug genommen werden muß. Dabei kommt es politisch nicht so sehr darauf an, daß sich die Politik für sogenanntes altengerechtes Wohnen und altengerechte Verkehrsverhältnisse einsetzt, sondern vielmehr kommt es darauf an, daß der generationsübergreifende Charakter zum Tragen kommt und sich die Politik deshalb für menschengerechte Wohnungsverhältnisse und für einen menschenöffentlichen Nahverkehr einsetzt. Was für ältere und alte Menschen wohnungs- und städtebaulich verändert wird, das kommt letztendlich auch allen anderen Menschen zugute.

**These 5:** Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter ist ein ausreichendes Alterseinkommen notwendige Voraussetzung. Hier geht es vor allem um:

## ● Maßnahmen zur Verringerung der verschämten Altersarmut:

Zur Verringerung der verschämten Altersarmut soll die Regreßmöglichkeit der Sozialhilfeträger gegenüber Kindern des Hilfebedürftigen entfallen, wenn der Hilfebedürftige das Rentenalter erreicht hat. Diesem Personenkreis kann nur geholfen werden, wenn die Gründe beseitigt werden, aus denen ältere Menschen lieber in

Armut leben als Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen. Die Gründe liegen in den seltensten Fällen in einer fehlenden Aufklärung (ein Modellversuch der Rentenversicherung in Kassel, der auf einer besseren Aufklärung und einer erleichterten Antragstellung aufbaute, war ein nahezu vollständiger Fehlschlag). Sie liegen vor allem in der Regreßmöglichkeit der Sozialhilfeträger bei den Kindern der Hilfebefürhtigen. Den Kindern verbleibt bei einem solchen Regreß nur noch ein „angemessener“ Unterhalt, der sehr gering sein kann. Die damit verbundene Belastung ihrer Kinder wollen die Hilfebefürhtigen nicht in Kauf nehmen. Sie leben dann lieber in Armut.

### ● Verbesserung der Berücksichtigung von Familienleistungen im Alter:

Einführung eines „Alterskindergeldes“ außerhalb des Rentenrechts, um den Ausgleich kindererziehungsbedingter Nachteile in der Alterssicherung zu verbessern. Ausgestaltung in Anlehnung an das Kin-

dergeldrecht (einkommensabhängige und nichtdynamische Leistung, steuerfinanziert).

**These 6:** Zu einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik gehört, daß Prävention und Rehabilitation im Gesundheitswesen der Bundesrepublik Deutschland weiter ausgebaut werden. In den USA gilt die Regel: 1 Dollar in Prävention investiert bedeutet 19 Dollar an Pflege gespart.

**These 7:** Zukunftsorientierte Seniorenpolitik heißt, daß sämtliche Altersgrenzen flexibilisiert werden. Es geht nicht länger an, daß bereits mit 50 Jahren kein Existenzgründer-Darlehen mehr in der Bundesrepublik Deutschland gewährt wird und andererseits die durchschnittliche Lebenserwartung einer Frau bei 81 Jahren und die eines Mannes bei 76 Jahren liegt. Die Zeitspanne des dritten Lebensabschnittes kann vor allem dadurch sinnvoll gestaltet werden, indem sämtliche Altersgrenzen — wie in den USA — beseitigt werden.

## Staatliche Hilfen für Familien Wann – Wo – Wie

ist der Titel eines aktuell aufgelegten Faltblattes des Bundesfamilienministeriums. Es informiert über die öffentlichen Leistungen, die Familien in unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenssituationen zustehen.

Übersichtlich wird dargestellt, welche Leistungen zum Beispiel bei der Geburt eines Kindes, für Familien mit Kindern bis zum Schulalter oder in der Ausbildung, für Familien mit Pflegebedürftigen, für Alleinerziehende oder für Familien mit niedrigem Einkommen in Frage kommen. Ohne lange nachzuschlagen, kann jede Familie prüfen, welche Leistungen ihr zustehen, wo sie

beantragt werden und welche Stellen vor Ort weitere Informationen geben können.

Das Faltblatt liegt in vielen Verbraucher-Beratungsstellen, Schwangerchafts-Beratungsstellen, Schuldner-Beratungsstellen, Jugendämtern, Versorgungsämtern und Arbeitsämtern mit den angegliederten Kindergeldstellen aus.

**Es kann bei schriftlicher Bestellung auch kostenlos bezogen werden beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Postfach 20 15 51, 53145 Bonn.**

# Schengen tritt in Kraft

**Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft endete mit einem großem Erfolg: Am 22. Dezember gab der Vorsitzende der Schengen-Staatengruppe und Staatsminister im Bundeskanzleramt, Bernd Schmidbauer, bekannt, daß das Schengener Durchführungsübereinkommen am 26. März dieses Jahres endgültig inkraftgesetzt wird.**

Schengen ist angewandte Bürgernähe und macht Europa für seine Bürger im alltäglichen Leben erfahrbar, denn ab dem 26. März beginnt der vollständige Abbau der Personenkontrollen an den Grenzen der beteiligten Staaten. Konkret heißt das: Eine Auto- oder Bahnreise von Deutschland über Frankreich und Spanien nach Portugal wird künftig ohne jegliche Grenzkontrolle verlaufen. Passagiere von Flügen innerhalb der Schengen-Gruppe werden an den Inlandsterminals abgefertigt. Auch in den Seehäfen entfallen im Binnenverkehr alle Personenkontrollen.

Von dieser Freizügigkeit werden aber nicht nur die Bürger der Schengen-Staaten profitieren, sondern alle sich legal in diesem Raum aufhaltenden Personen. Aus diesem Grund hat die Schengen-Staatengruppe ein neues einheitliches und fälschungssicheres Visum entwickelt, das künftig bei allen Botschaften der Mitgliedsstaaten beantragt werden kann. Der Bürger eines Drittlandes, der für einen Besuch in Deutschland ein Visum benötigt, kann sich den Sichtvermerk auch von der niederländischen oder der belgischen Botschaft in seinem Heimatland ausstellen lassen, da mit Inkrafttreten des Schengen-Abkommens auch die Einreisebestimmungen vereinheitlicht werden.

Der Abbau von Kontrollen an Binnen- und Grenzen erfordert zugleich eine verstärkte Sicherung und Überwachung der Außengrenzen. Daher wird zeitgleich mit dem Schengener Übereinkommen ein umfassendes Sicherheitspaket wirksam, dessen Kernelement das Schengener Informationssystem SIS mit einem Zentralcomputer in Straßburg ist. Mit diesem sind sieben nationale Fahndungssysteme verbunden, so daß die Polizei- und Grenzbeamten aller angeschlossenen Schengen-Staaten über die gesamten Fahndungsdaten verfügen. Zudem umfaßt das Sicherheitspaket

- einheitliche Außengrenzkontrollen,
- gemeinsame Asylpolitik,

**Schengen ist ein historischer Schritt auf dem Weg zur vollen Freizügigkeit in ganz Europa und bedeutet ein Mehr an Sicherheit für die Bürger.**

- Zusammenarbeit bei der Drogenbekämpfung,
- justitielle Zusammenarbeit bei Rechts- und Auslieferung,
- polizeiliche Zusammenarbeit wie z.B. im Bereich der Nacheile.

Das Schengener Regelwerk kommt in all seinen Teilen in den Vertragsstaaten Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Spanien und Portugal zu voller Anwendung. Italien und Griechenland werden folgen, sobald auch dort die technischen und rechtlichen Voraussetzungen vorliegen. ■

# Richtlinie zum Kommunalwahlrecht für Unionsbürger verabschiedet

**Am 19. Dezember hat in Brüssel der Rat der Außenminister die EG-Richtlinie zur Festlegung der Einzelheiten für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen durch Unionsbürger im jeweiligen Wohnsitzstaat verabschiedet.**

Unter deutscher Präsidentschaft konnte damit noch 1994 die Richtlinie zum Kommunalwahlrecht in der vom EG-Vertrag vorgeschriebenen Frist zum Jahresende beschlossen werden.

Die Ausübung des Kommunalwahlrechts am jeweiligen Wohnsitz ist ein wesentliches Element der mit dem Vertrag über die Europäische Union eingeführten Unionsbürgerschaft. Nachdem den Unionsbürgern bereits 1994 die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament an ihrem jeweiligen Wohnsitz möglich war, ist das neue Kommunalwahlrecht ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Bürger.

In der Richtlinie werden die Einzelheiten festgelegt, nach denen die Unionsbürger, die ihren Wohnsitz in einem Mitgliedstaat haben, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, dort das aktive und das passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen ausüben können.

Dabei werden die Unionsbürger bei Kommunalwahlen den jeweiligen nationalen Staatsangehörigen im Prinzip gleichgestellt. Dies gilt insbesondere bei dem Wahlalter und der Aufenthaltsdauer in der jeweiligen Gemeinde sowie den sonstigen Wahlrechtsvoraussetzungen. Allerdings dürfen die Mitgliedstaaten bestimmte Leitungsfunktionen in der Gemeindeverwaltung — im Hinblick auf

die damit verbundene Teilnahme an der Ausübung von Staatsgewalt — den eigenen Staatsangehörigen vorbehalten. Ebenso dürfen sie bei der Kandidatur eines Unionsbürgers einen Ausschluss vom passiven Wahlrecht im Herkunftsland auch hier berücksichtigen.

Für die notwendige Eintragung in das Wählerverzeichnis steht es den Mitgliedstaaten frei, von den Unionsbürgern hier-

***Bundesminister Manfred Kanther: Die Ausübung des Kommunalwahlrechts durch Unionsbürger am jeweiligen Wohnort wird ein weiterer wichtiger Beitrag auf dem Wege zu einem vereinten Europa sein.***

für einen entsprechenden Antrag zu verlangen oder — soweit im jeweiligen Wohnsitzmitgliedstaat keine Wahlpflicht besteht — die Eintragung von Amts wegen vorzunehmen.

Die Richtlinie bringt keine Vereinheitlichung der verschiedenen nationalen Kommunalwahlrechte, sondern beschränkt sich auf die Rahmenvorgaben, damit Unionsbürger zukünftig an ihrem Wohnsitzort mitwählen können.

Die Länder sind jetzt zur Umsetzung der Vorgaben der Richtlinie in das jeweilige Landesrecht aufgerufen. Hierfür räumt die Richtlinie eine einjährige Frist ein. Spätestens ab 1996 werden Unionsbürger dann an Kommunalwahlen in der Bundesrepublik Deutschland teilnehmen können. ■

## Neue historische Zeitschrift erschienen

### Forum für Forschungen zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien

„Historisch-Politische Mitteilungen“ ist der Name einer neuen historischen Zeitschrift aus dem Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren erster Jahrgang jetzt erschienen ist. Die Zeitschrift versteht sich als Forum für Forschungen und Darstellungen zur Geschichte der christlich-demokratischen Bewegungen und Parteien und ihrer Vorgeschichte im Kontext der geistigen, politischen und sozialen Entwicklungen des 19. und 20. Jahrhunderts. Der thematische Schwerpunkt liegt auf Deutschland und Europa.

Die Deutschlandpolitik seit Konrad Adenauer, Rolle und Entwicklung der Ost-CDU und die christliche Demokratie im Hinblick auf die europäische Integration sind die Schwerpunktthemen des ersten Heftes. Die Themen im einzelnen:

**Rudolf Morsey:** Die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers; **Günther Heydemann:** Deutschlandpolitische Neuansätze der 60er Jahre; **Christian Hacke:** Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969-1982); **Manfred Kittel:**

Die Hakenkreuzschmierereien 1959/60; **Martin Reißmann:** Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR; **Manfred Agethen:** Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende; **Michael Richter:** Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989; **Winfried Becker:** Die europäische Einigung und die Unionsparteien; **Jean-Dominique Durand:** Christliche Demokratie und europäische Integration; **Reinhard Schreiner:** Die Europapolitik der CDU im Hinblick auf Frankreich; **Christiane Liermann:** Religion und Politik bei Antonio Rosmini (1797—1855); **Günter Buchstab:** Parteiarchive in Europa; **Udo Wengst:** Die CDU aus der Nähe betrachtet; **Reinhard Schreiner:** Organisationen und Zusammenschlüsse christlich-demokratischer Parteien seit 1945.

Die Zeitschrift enthält auch Abstracts in Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch.

**Zu beziehen ist der Band über den Böhlau Verlag Köln, Weimar, Wien, Theodor-Heuss-Str. 76, 51149 Köln. Die Folgebände werden jeweils im Abstand von einem Jahr erscheinen. Der aktuelle Preis pro Ausgabe beträgt 38 DM.**

## CDU-Oberbürgermeister in Villingen-Schwenningen

Im November 1994 wurde in Villingen-Schwenningen, 80 000 Einwohner, erstmals nach der Städtefusion 1972 mit Dr. Manfred Matusza ein CDU-Oberbürgermeister gewählt. Matusza erhielt im ersten Wahlgang 50,93 Prozent der Stimmen und ließ 14 Bewerber hinter sich.

Spitzenkandidat Helmut Linssen:

## Wir wollen stärkste Partei werden

**Helmut Linssen führt eine geschlossene nordrhein-westfälische CDU in den Landtagswahlkampf 1995. Darüber war sich die Medienlandschaft am Tag nach der Landesdelegiertenversammlung im westfälischen Soest einig.**

Der Unternehmer aus dem Kreis Kleve, der seit 1990 die Landtagsfraktion führt, wurde mit 227 von 233 Stimmen — das sind über 97 Prozent Zustimmung — als Spitzenkandidat gewählt. Auf den weiteren Listenplätzen folgen Generalsekretär Herbert Reul (Rheinisch-Bergischer Kreis), Ruth Hieronymi (Bonn), Eckhard Uhlenberg (Kreis Soest), Lothar Hege- mann (Kreis Recklinghausen) und Jörg Twenhöven (Münster).

Sein angestrebtes Ziel brachte Linssen in seiner anschließenden Rede auf einen kurzen Nenner: „Wir wollen stärkste Partei werden.“ Die Zeichen dafür stünden gut. Bei der letzten Kommunalwahl im Oktober 1994 sei der Vorsprung der SPD in NRW auf magere zwei Prozentpunkte zusammengeschmolzen. Bei der Landtagswahl am 15. Mai 1995 hätten die Wähler und Wählerinnen nun die Alternative: Entweder werde die Zukunft des

Lebens- und Wirtschaftsstandortes NRW durch ein rot-grünes Abenteuer weiter aufs Spiel gesetzt. Oder NRW erhalte die Chance für einen politischen Neuanfang mit der CDU und befinde sich damit auf einem erfolgreichen Weg ins 3. Jahrtausend.

Die CDU stehe für eine konsequente Verbrechensbekämpfung, für eine Politik, die die Zukunftschancen der Kinder, Jugendlichen und der Frauen in den Mittelpunkt stelle, und für eine Rückbesinnung auf Werteerziehung, so Linssen weiter. „Die CDU ist die Partei der Mitte in NRW. Wir sind auch die Partei der kleinen Leute. Und die CDU ist die Partei der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, für Wirtschaftsaufschwung und neue Arbeitsplätze in NRW.“

Wichtigster Wahlhelfer sei der Hochmut der SPD, hatte zuvor der Landesvorsitzende Norbert Blüm die Mitglieder auf die nächsten Monate eingeschworen. „Die CDU muß den Willen zum Sieg gegen Mausehelei und Filz der Gegenseite setzen.“ Der Wahlkampf werde sehr hart, aber mit einer CDU, die die alte rheinisch-westfälische Zwietracht überwunden habe, trete eine neue Kraft gegen eine verbrauchte Regierungspartei an.

### 26. Bundestagung der CDA in Rüsselsheim

Von Freitag, den 9. Juni 1995, ab 15.00 Uhr, bis Sonntag, den 11. Juni 1995, ca. 13.00 Uhr, findet die 26. Bundestagung der CDA in Rüsselsheim statt. Inhaltliche Schwerpunkte werden kontroverse Diskussionen zur „Zukunft der Arbeit“ sein. Dies sollen Foren gewährleisten, an denen sich engagierte Meinungsbildner aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen beteiligen werden. Ferner steht die reguläre Wahl des Bundesvorstandes auf der Tagesordnung.

## Kranzniederlegung am Grab von Karl Carstens



Am 14. Dezember wäre Karl Carstens 80 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß wurden am Grab des am 30. Mai 1992 verstorbenen CDU-Politikers Kränze niedergelegt. Der in Bremen geborene 5. Bundespräsident ist auf dem Friedhof Riensberg in der Freien Hansestadt begraben. Gemeinsam legten dort der Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende Ulrich Nölle sowie die stellvertretende Vorsitzende des CDU-Landesverbandes und der CDU-Bürgerschaftsfraktion Elisabeth Motschmann Kränze nieder, unter anderem für den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl, und den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble.

## Bürgerschaftswahl in Bremen am 24. September

Die nächste Wahl zur Bremischen Bürgerschaft findet am 24. September 1995 statt. Das haben die Abgeordneten des Parlaments im November beschlossen. Ihnen lag ein entsprechender Antrag des Bürgerschaftsvorstandes vor. Bei der Bürgerschaftswahl 1991 hatte die SPD nach 20jähriger Alleinherrschaft ihre absolute Mehrheit verloren und war von 50,5 auf 38,8 Prozent abgerutscht. Sie regiert seitdem in einer Ampelkoalition mit der FDP (1991: 9,5 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (11,4). Die CDU konnte einen Stimmenzuwachs von über sieben Prozentpunkten auf 30,7 Prozent verbuchen.



## Kreisverband Schleswig-Flensburg erlebte 1994 einen Mitglieder-, „Boom“

Einen wahren Neumitglieder-, „Boom“ hat der Kreisverband Schleswig-Flensburg im jetzt zu Ende gegangenen Jahr 1994 erlebt. Insgesamt seien mehr als 200 Männer und Frauen als neue Mitglieder zur Nord-Union gekommen, so Kreisvorsitzender Wolfgang Börnsen in einer Bilanz zum Jahresende vor dem Kreisvorstand.

Die Gesamtzahl der CDU-Mitglieder im Kreisverband ist insgesamt auf rund 3.500 angestiegen, teilte Kreisgeschäftsführer Carl Andresen mit. Damit liegt die CDU Schleswig-Flensburg bei der Mitgliederentwicklung 1994 bundesweit an der Spitze. Glückwünsche zu diesem außerordentlichen Erfolg sind unter anderem vom Bundesvorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und vom Landesvorsitzenden, Otfried Hennig, gekommen, der aufgrund des Schleswig-Flensburger Zuwachses für den Landesverband Schleswig-Holstein die beste Mitgliederentwicklung aller Landesverbände in Deutschland verzeichnen kann.

Besonders erfreulich ist der Anteil der Jüngeren unter den neuen Mitgliedern. So sind über 60 Prozent der Neueingetretenen unter 29 Jahre alt, hob der stellvertretende Kreisvorsitzende Carsten Thomssen-Bendixen hervor. Allerdings über-

wiege der Anteil der Männer den der Frauen immer noch deutlich. „Bei der Werbung um neue weibliche Mitglieder gibt es bei uns noch klaren Handlungsbedarf“, betonte die stellvertretende Kreisvorsitzende Ursula Röper.



Kreisvorsitzender Wolfgang Börnsen (rechts) mit den 94er Neumitgliedern Nr. 199 und 200: Brigitte Berg und Claus-Heinrich Friedrichsen.

Auch im gerade begonnenen Jahr 1995 wird die CDU Schleswig-Flensburg ihre aktive Ansprache der Bürgerinnen und Bürger des Kreises mit dem Ziel fortsetzen, ein ähnlich gutes Mitgliederergebnis wie im Vorjahr zu erzielen.

## JU übernimmt 1995 Vorsitz im Ring Politischer Jugend

Die Junge Union Deutschland übernimmt 1995 turnusgemäß die Geschäftsführung des Bundesausschusses des Rings Politischer Jugend (RPJ) und wird damit in diesem Jahr der direkte Ansprechpartner und Vertreter für die Belange des RPJ. Im Bundesausschuß des RPJ sind die politischen Jugendverbände auf Bundesebene zusammengeschlossen. Außer der Jungen Union Deutschlands gehören ihm die Jungsozialisten, die Jungen Liberalen und die Jungdemokraten/Junge Linke an.

## Winter-Canvassing

Gerade in den Wintermonaten können wir nicht erwarten, daß die Bürgerscharenweise zu unseren Informationsständen strömen, um sich unser Werbematerial anzusehen. Die meißten Passanten in Fußgängerzonen eilen an den üblichen Ständen achtlos vorüber, weil es ihnen zu kalt ist, um ein paar Minuten stehen zu bleiben. Canvassing im Winter erfordert deshalb von Ihnen eine besondere Kreativität, um trotzdem auch in dieser Zeit den Kontakt zu den Bürgern zu bekommen.

### ● CDU-Eiskratzer – Ein aktiver Beitrag zum Abbau der Müllberge

Klare Sicht nach vorn: Verteilen Sie jetzt auf Betriebs-, Supermarktparkplätzen oder im Parkhaus den Eiskratzer — zusammen mit dem neuesten Info-Material. Über das nützliche und sehr begehrte Werbemittel hinterlassen Sie bei jedem Autofahrer einen positiven Eindruck. Doch auch der Umweltschutz wurde bei diesem Artikel nicht außer Acht gelassen. Deshalb wurde der CDU-Eiskratzer aus eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polyester hergestellt, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern verwendet wird.

Bestell-Nr.: 9890

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 69,— DM

### ● Klare Sicht nach vorn mit dem CDU-Fensterschwamm

Beschlagene Scheiben oder Spiegel — kein Problem, mit dem neuen Fensterschwamm erhalten Sie sofort wieder freie Sicht. Verschmierte Autoscheiben im Gegenlicht — mit dem neuen Fensterschwamm ist die Gefahr im Nu streifenfrei gebannt.

Bestell-Nr.: 9488

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 29,— DM

### ● Winterschal

Zeigen Sie Flagge — mit dem CDU-Winterschal in den Farben Schwarz Rot Gold. Dieser attraktive Begleiter sollte jetzt bei keiner Aktion bzw. an keinem Canvassingstand mehr fehlen. Ob als Erkennungszeichen oder zum Schutz vor der Kälte, dieses ideale Werbemittel für die kalte Jahreszeit ist nützlich und attraktiv zugleich. Besonders bei nationalen Sportereignissen wird der Schal auch gerne als Erkennungszeichen getragen. Also nicht vergessen — bei Ihrem nächsten Info-Stand vor dem Sport-Stadion.

Bestell-Nr.: 9362

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 47,25 DM

**Demnächst wieder  
Gesamtangebot aller  
Informations- und Werbe-  
mittel als rosa Teil**

### ● CDU-Reflektorbärchen — für die Sicherheit im Straßenverkehr

Dieses Werbemittel avanciert so langsam aber sicher zu einem Hit. Mit über 100.000 verteilten Exemplaren wurden diese kleinen Bärchen von vielen Kindern bereits ins Herz geschlossen, denn die Reflektorbärchen sind nicht nur hübsche Anhänger, sondern durch ihre reflektierende Oberfläche, auch ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr, denn Jahr für Jahr verunglücken Tausende von Kinder im Straßenverkehr, weil sie oftmals im Dunkeln viel zu spät gesehen werden. Die Reflektor-Bärchen sind hier ein nützliches Werbemittel und ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr.

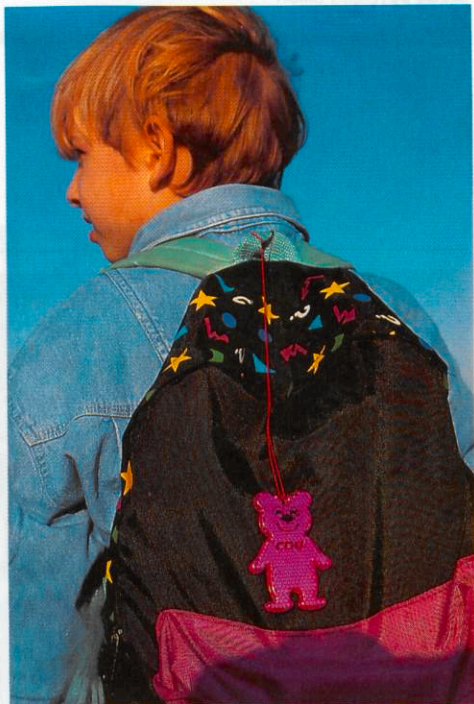
Bestell-Nr.: 9558

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 34,90 DM



● Eiskratzer



● Reflektorbärchen



● Fensterschwamm



● Winterschal

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**

**Postfach 11 64**

**33759 Versmold**

**Fax: (0 54 23) 4 15 21**

Preise inkl. Versand zzgl. MwSt.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

DEBATTIEREN UND DISKUTIEREN

# Mit Forschung die Zukunft gewinnen



# CDU

„Wachstum und Beschäftigung von morgen können wir nicht mit dem Wissen und den Verfahren von gestern angehen... Forschung, Technologie und Innovation sind heute die wichtigsten Wachstumsquellen unserer Wirtschaft. Gerade wir als rohstoffarmes Land müssen uns in besonderer Weise auf den Zuzug von Wissen und Können stützen. Trotz der Haushaltslage werden wir deshalb den Forschungsatz im Bundeshaushalt überproportional steigern.“

Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung vom 23. Nov. 1994

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

# UiD

1/1995

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König. **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07 - 189. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). Abonnementpreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.